

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Heinz Stegmann, Irmgard Holzbauer

Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen und ihre
Realisierung bei Absolventen und Abgängern
allgemeinbildender Schulen

11. Jg./1978

2

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen und ihre Realisierung bei Absolventen und Abgängern allgemeinbildender Schulen

Heinz Stegmann, Irmgard Holzbauer**

In einer Befragung zum Übergangverhalten von Jugendlichen in eine berufliche Ausbildung bzw. Erwerbstätigkeit wurde an einer repräsentativen Stichprobe der Absolventen und Abgänger allgemeinbildender Schulen die Nachfrage nach beruflichen Ausbildungsplätzen und ihre Realisierung untersucht.

Die Ergebnisse dieser Befragung kennzeichnen die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt wie folgt:

- Die Mehrzahl der Absolventen und Abgänger aus dem Sekundarbereich I (63,6%) bemüht sich um eine Berufsausbildung im dualen System. Bei dieser Nachfrage bestehen erhebliche geschlechts- und schulartsspezifische Unterschiede. Zusätzlich ist fast ein Drittel der Hochschulberechtigten eines Entlaßjahrganges 1976 (30,9%) an einem betrieblichen Ausbildungsplatz (einschließlich Laufbahnen im öffentlichen Dienst und betriebliche Sonderausbildungen) interessiert. Diese Nachfragequote liegt weit über den bisherigen Schätzungen. Ein Teil dieser Nachfrage hat jedoch Optionscharakter, d. h. es werden Realisierungsmöglichkeiten von Ausbildungsalternativen überprüft.
- Die Jugendlichen bemühen sich teilweise sowohl um einen betrieblichen als auch um einen vollzeitschulischen Ausbildungsplatz. Diese „Doppelnachfrager“ zeigen jedoch eine eindeutige Präferenz für die duale Ausbildung: Wenn sie aufgrund ihrer Bewerbung von beiden Ausbildungsstätten eine Zusage erhalten haben, dann entscheiden sich etwa 80% für die betriebliche Ausbildung. Sowohl bei den „Doppelnachfragern“ als auch bei den Entlaßschülern, die sich nur um einen vollzeitschulischen Ausbildungsplatz bemüht haben, sind weibliche Jugendliche überrepräsentiert.
- Der Anteil der Jugendlichen, die freiwillig auf eine weitere Qualifizierung verzichten, liegt mit 3,8% der Entlaßschüler aus dem Sekundarbereich I unter den bisherigen Prognosen. Bei ehemaligen (lernbehinderten) Sonderschülern sowie Hauptschulabgängern ohne Abschluß ist der Anteil dieser „freiwilligen Bildungsverzichter“ besonders hoch.
- Die Übergangquoten in eine berufliche Ausbildung belegen, daß insbesondere die Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen nicht vollständig realisiert werden konnte. Besondere Probleme bei der Einmündung in eine duale Ausbildung haben Jugendliche ohne allgemeinbildenden Schulabschluß — insbesondere Mädchen —, aber auch Hochschulberechtigte, da diese Teilgruppen besonders häufig keine Zusage für einen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten.
- Die meisten Jugendlichen aus dem Sekundarbereich I, die aufgrund einer fehlenden Zusage keine duale Ausbildung beginnen konnten, schlagen alternative Bildungswege ein. Die Realisierung ihrer Nachfrage wird dadurch meist nur zeitlich verzögert. Abiturienten und Fachoberschulabsolventen, die keine Zusage erhielten, beginnen größtenteils ein Studium.

Gliederung

- | | |
|---|---|
| 1. Einleitung | 3.11 Struktur der Nachfrage nach beruflichen Ausbildungsplätzen |
| 2. Zur Methode der Untersuchung | 3.12 Projektiver Bedarf an beruflichen Ausbildungsplätzen und effektive Nachfrage |
| 2.1 Grundgesamtheit und Auswahlverfahren | 3.2 Absolventen aus dem Sekundarbereich II |
| 2.2 Durchführung der Absolventenbefragung | 3.21 Struktur der Nachfrage nach beruflichen Ausbildungsplätzen (ohne Studium) |
| 3. Die Nachfrage der Absolventen und Abgänger allgemeinbildender Schulen nach einem Platz für die berufliche Ausbildung | 3.22 Die Studienabsicht der Hochschulberechtigten |
| 3.1 Absolventen und Abgänger aus dem Sekundarbereich I | 3.3 Die Gesamtnachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen 1977 |
| | 4. Der Status der Absolventen und Abgänger allgemeinbildender Schulen |
| | 4.1 Übergangquoten in die Berufsausbildung bzw. Erwerbstätigkeit |

* IAB-Projekt 3-213. Die Untersuchung wurde unter finanzieller Beteiligung des BMBW durchgeführt.

** Heinz Stegmann und Irmgard Holzbauer sind Mitarbeiter im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren.

- 4.11 Absolventen und Abgänger aus dem Sekundarbereich I
- 4.12 Absolventen aus dem Sekundarbereich II
- 4.2 Die Nachfrage nach einer beruflichen Ausbildung und ihre Realisierung
- 4.21 Angestrebter und realisierter Übergang
- 4.22 Realisierungsquoten bei der Nachfrage nach einer beruflichen Ausbildung im dualen System

5. Zusammenfassung

1. Einleitung

An die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung werden immer wieder Fragen nach Zusammenhängen und Diskrepanzen zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem gestellt, die sich nur beantworten lassen, wenn über einzelne Gruppen (Schüler, Auszubildende, jüngere Erwerbstätige) differenzierte empirische Daten vorliegen. Auch in der gegenwärtigen bildungspolitischen Diskussion wird auf das Fehlen detaillierter und gesicherter Informationen zum Übergang Jugendlicher von der allgemeinbildenden Schule in die Berufsausbildung und von dort in das Beschäftigungssystem hingewiesen. Insbesondere zur Bewältigung der mit den Begriffen „demographische Welle“ bzw. „Ausbildungsplatzdefizit“ verbundenen Probleme wird eine repräsentative Datenbasis über das Verhalten der Jugendlichen an diesen beiden Schwellen benötigt.¹⁾ Um bestehende Forschungslücken zu diesem Themenbereich zumindest teilweise abzudecken, hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) eine Längsschnitt-Untersuchung begonnen, in der 90 000 Jugendliche in bestimmten zeitlichen Abständen wiederholt zu Ausbildungs- und Berufsproblemen befragt werden.

Mit Hilfe dieses Projektes soll eine repräsentative und differenzierte Datenbasis über möglichst zahlreiche Aspekte des Lebenslaufs junger Menschen erstellt werden.²⁾ Im einzelnen ist beabsichtigt, wichtige Informationen zu Fragen der Ausbildungs- und Berufswahl, sowie der beruflichen Sozialisation und Integration zu erheben. Aus den Ergebnissen läßt sich eine Typologie von Ausbildungs- und Berufsverläufen ableiten, die unter folgenden Fragestellungen analysiert werden soll:

- welche Verlaufstypen sind besonders häufig,
- inwieweit sind bei den einzelnen Verlaufstypen zeitlich spätere Ereignisse durch die Kenntnis früherer Ereignisse prognostizierbar,
- in welchen Stadien können bei den einzelnen Verlaufstypen Veränderungen durch Maßnahmen bewirkt werden,

1) Vgl. zu den Abstimmungsproblemen an diesen Übergängen vom Bildungs- in das Ausbildungssystem bzw. vom Ausbildungs- in das Beschäftigungssystem: Mertens, D., Beziehungen zwischen Qualifikation und Arbeitsmarkt, in: Jugendarbeitslosigkeit, Unlösbare Aufgaben für das Bildungs- und Beschäftigungssystem? Herausgegeben und bearbeitet von Winfried Schlaffke, Köln 1976, S. 68—117; sowie Zeller, F. A. u. a. Career thresholds: A longitudinal study of the educational and labor market experience of male Youth, Center for Human Resource Research, The Ohio State University, Columbus 1970.

2) Zur Beschreibung der Ziele des Forschungsprojektes vgl. Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MatAB) 9/1977.

3) Nach Modellrechnungen war für 1977 ein Defizit von 123 000 beruflichen Ausbildungsplätzen ermittelt worden, vgl. Kühlewind, G., Mertens, D., Tessaring, M., Zur drohenden Ausbildungskrise im nächsten Jahrzehnt — Eine Modellrechnung zur Aufnahmefähigkeit des berufsbildenden Bildungssystems für Übergänger aus dem allgemeinbildenden Schulsystem bis 1990, in: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hrsg.), Schülerberg und Ausbildung, Stuttgart, 1976, S. 26—40.

- welche Ausgangsbedingungen beeinflussen den Ausbildungsverlauf besonders nachhaltig und bedürfen daher einer besonderen Beachtung.

Durch den Längsschnitt-Untersuchungsansatz lassen sich dabei zahlreiche Informationen gewinnen, mit denen auch in späteren Jahren jeweils dann aktuelle Fragen — die in ihren Einzelheiten heute noch nicht überschaubar sind — beantwortet werden können.

Das Forschungsprojekt ist durch zwei Teilstichproben charakterisiert:

- eine Stichprobe von Schülern, die im Schuljahr 1976/1977 die 9. Klasse einer allgemeinbildenden Schule besucht haben (= *Schuljahrgangs-Stichprobe*);
- eine Stichprobe von Schülern aus Abschlußklassen allgemeinbildender Schulen des Schuljahres 1975/76 (Abiturienten und Absolventen von Fachoberschulen) bzw. des Schuljahres 1976/77 (Real-, Haupt- und Sonderschüler), in der somit Absolventen bzw. Abgänger (= Jugendliche ohne Schulabschluß) aller allgemeinbildenden Schulen enthalten sind (= *Absolventenstichprobe*).

Nach einer ersten Erhebung bei der Schuljahrgangsstichprobe im Sommer 1977 wurde im vierten Quartal 1977 eine Befragung bei Jugendlichen der Absolventenstichprobe zu Problemen des Übergangs von der allgemeinbildenden Schule in die berufliche Ausbildung bzw. in die Erwerbstätigkeit durchgeführt. Da die Entlaßschüler des Jahres 1977 als erste „Welle“ den Beginn des Ansturms der geburtenstarken Jahrgänge auf berufliche Ausbildungsplätze bilden, lassen die Ergebnisse dieser Erhebung erste Rückschlüsse auf das Übergangsverhalten der Jugendlichen bei verringerten Ausbildungschancen im beruflichen Bildungssystem zu.³⁾ Folgende Fragestellungen standen daher im Vordergrund:

- (1) Wie groß ist die Nachfrage nach einer beruflichen Ausbildung bei Absolventen und Abgängern allgemeinbildender Schulen? Dabei geht es nicht nur um die Differenzierung nach betrieblicher oder schulischer Berufsausbildung, sondern auch um den Anteil derjenigen Jugendlichen, die keine berufliche Qualifizierung/Vorqualifizierung beginnen.
 - (2) Welche Ausbildungs- bzw. Berufswege schlagen Jugendliche nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule ein? Dabei steht der „nächste Schritt“, also der realisierte Status der Absolventen und Abgänger nach vollzogenem Übergang über die erste „Schwelle“ im Vordergrund.
 - (3) Wie verhalten sich Jugendliche bei der Suche nach einem Platz für die berufliche Ausbildung? Hier werden konkrete Sachverhalte des Bewerberverhaltens (z. B. Zeitpunkt der ersten Bewerbung, Zahl der Bewerbungen, Konzessionsbereitschaft) ermittelt.
 - (4) Welche Faktoren können das Übergangsverhalten der Jugendlichen erklären? Neben den standardmäßigen Merkmalen „Geschlecht“ und „Schulart“ sind hier die soziale Herkunft (z. B. Schulbildung und berufliche Stellung der Eltern, familiäre Situation), Persönlichkeitsmerkmale (z. B. berufliche Wertorientierungen) und externe Faktoren (z. B. regionalspezifisches Angebot an beruflichen Ausbildungsplätzen) als Determinanten des Übergangsverhaltens zu nennen.
- In diesem ersten Teil des Untersuchungsberichtes werden die Fragestellungen (1) und (2) behandelt, wobei aller-

dings bereits auf einige Erklärungsansätze eingegangen wird. In einem weiteren Teil des Untersuchungsberichtes sollen die Ergebnisse zu den Fragekomplexen (3) und (4) dargestellt werden.

2. Zur Methode der Untersuchung⁴⁾

2.1 Grundgesamtheit und Auswahlverfahren

Zur Erstellung einer repräsentativen Stichprobe der Absolventen und Abgänger wurden je nach Schulart folgende Grundgesamtheiten definiert:

- Hauptschüler: Schüler der 9. Klasse einer Hauptschule im Schuljahr 1976/77.
- Sonderschüler: Schüler der 9. Klasse einer Sonderschule für Lernbehinderte im Schuljahr 1976/77.
- Hauptschulabgänger ohne Abschluß: Diejenigen Schüler, die nach erfüllter Vollzeitschulpflicht die Schule am Ende des Schuljahres 1976/77 aus der 7. oder 8. Klasse verlassen haben.
- Absolventen und Abgänger aus der Realschule: Schüler, die im Schuljahr 1976/77 eine 10. Klasse von Real- bzw. Gesamtschulen besucht haben.
- Abiturienten und Absolventen von Fachoberschulen: Es wurde auf den Entlaßjahrgang des Schuljahres 1975/76 zurückgegriffen, da sich bei ca. 40% der männlichen Hochschulberechtigten die Ausbildungs- bzw. Berufsentscheidung durch den Wehr- oder Zivildienst um fünfzehn bis achtzehn Monate verzögert.⁵⁾

Grundlage für die Ziehung der Absolventenstichprobe war die Schulstatistik der Bundesanstalt für Arbeit (St 71). Als Elemente der Stichprobe gingen die in dieser Statistik enthaltenen Schulen ein⁶⁾, die mit Hilfe einer nach Bundesland und Schulart (proportional) geschichteten Zufallsauswahl unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Klassenstärken gezogen wurden. Die Bereitstellung der Schüleradressen durch die Schulen erfolgte nahezu ohne Ausfall, da 99 % der angeschriebenen Schulen die — entsprechend den definierten Grundgesamtheiten — gewünschten Adressen der Bundesanstalt für Arbeit mitteilten.⁷⁾ Die Verteilungen in der Absolventenstichprobe entsprechen daher den Verteilungen nach Schulart und Bundesländern in der Grundgesamtheit.

2.2 Durchführung der Absolventenbefragung

Für die fünf Teilgruppen wurden insgesamt vier Erhebungsbogen entwickelt, um den jeweiligen Besonderheiten im Übergangsverhalten gerecht zu werden. In einem Vortest wurden diese Erhebungsbogen erprobt. Dabei

zeigte sich, daß für die Hauptbefragung mit Rücklaufquoten von über 75 % (bei Abiturienten) bzw. über 80 % (bei Haupt- und Realschülern) zu rechnen war. Mit dem Versand der Erhebungsbogen wurde Anfang Oktober 1977 begonnen. Neben einem vorfrankierten Rückantwortumschlag war den Erhebungsbogen ein vom Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit unterzeichnetes Begleitschreiben beigelegt, in dem über die Ziele der Untersuchung informiert wurde. Nach zwei Erinnerungsaktionen ergaben sich folgende bundesland- und schulartspezifischen Rücklaufquoten (vgl. Tabelle 1):

Tabelle 1
Rücklaufquoten bei der Absolventenbefragung nach Bundesland und Schulart

Bundesland	Hauptschulabgänger ohne Abschluß 1976/77	Haupt- und Sonderschüler der 9. Klasse 1976/77	Real- und Gesamtschüler der 10. Klasse 1976/77	Hochschulberechtigte 1975/76 ¹⁾	Insgesamt
Schleswig-Holstein	63,3	82,0	82,1	72,2	78,5
Hamburg	72,2	78,2	81,7	78,7	79,8
Niedersachsen	63,9	85,2	84,9	75,4	81,0
Bremen	35,7	89,1	77,9	68,7	75,5
Nordrhein-Westfalen	72,7	85,9	83,8	75,7	80,4
Hessen	73,5	81,8	92,5	76,9	83,4
Rheinland-Pfalz	53,7	84,0	92,5	78,5	81,2
Saarland	54,2	87,2	91,0	76,5	81,1
Baden-Württemberg	80,2	85,8	90,1	78,9	85,4
Bayern ²⁾	66,7	87,0	88,9	85,0	86,0
Berlin	69,5	83,0	80,4	73,7	78,4
Insgesamt	68,7	85,2	86,6	77,6	82,2

1) Bayern: 1976/77

2) Die hohen Rücklaufquoten in Bayern sind durch die Verfahrensvariante in der Adressenerhebung zu erklären, die eine positive Vorselektion beinhaltet, da die Befragten ihre Mitwirkungsbereitschaft an der Erhebung durch die Zusendung der Adresse bereits bekundet haben.

Es zeigt sich, daß die Ausfallquoten hauptsächlich in den Städtstaaten überproportional hoch sind. Die schulartspezifischen Rücklaufquoten belegen, daß die Antwortbereitschaft bei den Hauptschulabgängern ohne Abschluß am geringsten war. Dennoch wurde auch bei dieser Teilgruppe die für postalische Befragungen kritische 70 %-Grenze der Rücklaufquote nahezu erreicht. Zusätzlich zu diesen hohen Rücklaufquoten⁸⁾ sowie zu der nahezu vollständigen Adressenerfassung bei den Schulen lassen sich noch folgende Fakten bzw. Argumente anführen, die den Anspruch auf Repräsentativität stützen:

- Durch eine mündliche Nachbefragung der nicht antwortenden Schüler aus der Jahrgangsstichprobe ließ sich bei den Hauptschülern das Übergangsverhalten von Nichtantwortern mit dem von Antwortern vergleichen. Es waren keine wesentlichen Abweichungen festzustellen.
- Ein Vergleich der Frühantworter mit den Spätantwortern zeigt keine signifikanten Unterschiede bei den Merkmalen, die das Übergangsverhalten von Absolventen und Abgängern allgemeinbildender Schulen markieren. Da Spätantworter in ihrer Merkmalstruktur den Nichtantwortern ähneln⁹⁾, läßt sich auf eine relativ hohe Übereinstimmung im Übergangsverhalten bei Antwortern und Nichtantwortern schließen.

4) Der methodische Ansatz des Forschungsprojektes ist detailliert in MatAB 9/1977 dargestellt.

5) In Bayern mußten Hochschulberechtigte des Schuljahres 1976/77 gewählt werden, da die Schulen aufgrund besonderer gesetzlicher Vorschriften die Schüleradressen nur mit Zustimmung der Betroffenen weitergeben können. Daher wurden die Schüler — unter Einschaltung der Schulen — gebeten, ihre Adresse der Bundesanstalt für Arbeit direkt mitzuteilen. Diese Verfahrensvariante in der Adressenerfassung mußte in Bayern für alle Schülergruppen praktiziert werden.

6) Der Erfassungsgrad dieser Schulstatistik liegt über 95%.

7) An dieser Stelle sei allen Kultusverwaltungen sowie der Kultusministerkonferenz, aber auch den ausgewählten Schulen für ihre aktive Unterstützung bei der Adressenerfassung gedankt.

8) Aufgrund der hohen Rücklaufquoten käme es selbst dann kaum zu nennenswerten Veränderungen in der Gesamtmerkmalsstruktur, wenn qualitative Unterschiede zwischen Antwortern und Nichtantwortern bestehen würden.

9) Vgl. Neuherger, O., Messung der Arbeitszufriedenheit, Verfahren und Ergebnisse, Sozioökonomie 8, Stuttgart usw. 1974, S. 82.

3. Die Nachfrage der Absolventen und Abgänger allgemeinbildender Schulen nach einem Platz für die berufliche Ausbildung

Ausbildungswünsche und -präferenzen Jugendlicher sind nach dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz (APlFG) erst dann als Nachfrage nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz anzusehen, wenn von den „Nachfragern“ eine entsprechende Willenserklärung abgegeben wurde. In der Legaldefinition des § 5 Abs. 4 APlFG wird daher die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen im dualen System als Summe aus der Zahl der bis zum 30. September abgeschlossenen Ausbildungsverträge (= realisierte Nachfrage) zusammen mit der Zahl der zum selben Zeitpunkt bei der Bundesanstalt für Arbeit gemeldeten „unversorgten Ausbildungsplatzsuchenden“ (= nicht realisierte Nachfrage) festgelegt. Diese Definition der Nachfrage läßt jedoch z. B. diejenigen Jugendlichen außer acht, die wegen der Engpässe auf dem Ausbildungsstellenmarkt in schulische Bildungsgänge ausgewichen sind, und führt zu einer Nachfragegröße, die unter der tatsächlichen Zahl liegen dürfte. In der Erhebung des IAB wurden die Schüler daher gefragt, ob sie sich um einen Platz für die berufliche Ausbildung in einem Betrieb usw. bemüht haben. Sowohl die Form als auch die Intensität der Bemühung wurden bei dieser Frage absichtlich offengelassen, damit potentielle Nachfragergruppen (z. B. Jugendliche bzw. deren Eltern, die sich lediglich durch eine mündliche Anfrage über das Vorhandensein einer Ausbildungsplatzchance informieren) ebenfalls erfaßt werden.

Analog wurde danach gefragt, ob sich die Absolventen und Abgänger um einen Platz für die berufliche Ausbildung bei Berufsfachschulen bemüht haben. Auf diese Weise wurde die *effektive Nachfrage* nach betrieblichen und vollzeitschulischen Ausbildungsplätzen ermittelt.¹⁰⁾

Auch dieses Nachfragekonzept bedarf einer Relativierung, da lediglich quantitative Aspekte berücksichtigt werden. Sowohl die Nachfragestruktur in bezug auf die einzelnen Ausbildungsberufe als auch die Verbindlichkeit und die Intensität der Nachfrage sind weitere wichtige

Faktoren, die zur Beschreibung der tatsächlichen Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt bei einer Gegenüberstellung von Angebot und Nachfrage notwendig sind. So zeigen die Ergebnisse der Absolventenbefragung z. B., daß

- die Bewerbung um einen Ausbildungsplatz für einen Teil der Nachfrager lediglich „Optionscharakter“ besitzt, d. h. es werden alternative Ausbildungswege ohne verbindliche Absichten auf ihre Realisierungsmöglichkeiten überprüft (vgl. unten S. 152);
- durch Mehrfachbewerbungen sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht Verzerrungen auf dem Ausbildungsstellenmarkt auftreten (so haben sich die befragten Jugendlichen, die sich um einen betrieblichen Ausbildungsplatz bemühten, im Durchschnitt sieben- bis achtmal beworben, etwa die Hälfte dieses Personenkreises bewarb sich um verschiedenartige Berufsausbildungen).

Zweifellos erscheint ein Nachfragekonzept, das sich an den Bemühungen der Ausbildungsplatzsuchenden orientiert, ohne die Verbindlichkeit der Ausbildungsabsicht zu berücksichtigen, zunächst problematisch: Die Frage, ob der angestrebte Ausbildungsplatz für den Jugendlichen an erster, zweiter Stelle usw. seiner Präferenzskala steht, bleibt dabei ebenso offen wie die Möglichkeit, daß von vornherein keine Realisierungsabsicht besteht. Für die empirische Wirklichkeit auf dem Ausbildungsstellenmarkt sind jedoch diese Differenzierungen sowohl seitens der Anbieter von Ausbildungsplätzen als auch bei den Nachfragern nur selten transparent: Auszubildende besitzen nur unzureichende Informationen über den Verbindlichkeitscharakter der Nachfrage — teilweise sogar der Zusage —, Jugendliche haben dagegen häufig keine Kenntnis von Mitbewerbern bzw. von ihren Chancen, überhaupt in eine engere Wahl einbezogen zu werden. Für die quantitative Feststellung der Nachfrage, wie sie hier erfolgt, wird deshalb davon ausgegangen, daß jeder Jugendliche, der sich um einen Ausbildungsplatz bemüht, auch als Nachfrager auf dem Ausbildungsstellenmarkt auftritt.

Darüberhinaus ist die Ermittlung einer Gesamtnachfrage nach beruflichen Ausbildungsplätzen im Jahr 1977 mit Hilfe der Ergebnisse der Absolventenbefragung aus folgenden Gründen nur mit Einschränkungen möglich:

- Durch die Eingrenzung der befragten Personen auf die unter 2.1 definierten Grundgesamtheiten fehlen diejenigen Ausbildungsplatzsuchenden, die eine berufsbildende Vollzeitschule (Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule) oder ein Gymnasium am Ende der 10. Klasse verlassen haben.
- Es liegen keine Informationen über die Nachfrage derjenigen Jugendlichen vor, die bereits im Jahr 1976 als „unversorgte Ausbildungsplatzsuchende“ registriert wurden.¹¹⁾
- Bei den Absolventen aus dem Sekundarbereich II läßt sich die im Jahr 1977 wirksam werdende Nachfrage nur unter der Annahme ermitteln, daß für den Absolventenjahrgang des Schuljahres 1976/77 dasselbe Nachfrageverhalten gültig ist wie für den Jahrgang 1975/76.

3.1 Absolventen und Abgänger aus dem Sekundarbereich I

In den folgenden Abschnitten wird jeweils zunächst auf die Struktur der Nachfrage nach beruflichen Ausbildungsplätzen eingegangen. Anschließend wird versucht, vorliegende Prognosen, Modellrechnungen bzw. Erhe-

10) Die Frage war wie folgt formuliert:
Haben Sie sich in diesem oder im vergangenen Jahr bei einem Betrieb (Büro, Bank, Behörde, Geschäft usw.) oder bei einer Berufsfachschule, also bei einer beruflichen Vollzeitschule (z. B. Handels-/Wirtschaftsschule, Krankenpflegeschule, Hauswirtschaftsschule, Lehranstalt für Med. Techn. Ass. usw.) um einen Platz für die berufliche Ausbildung bemüht?
 Ja, ich habe mich um einen Platz für eine berufliche Ausbildung bei einem Betrieb (Büro, Bank, Behörde, Geschäft usw.) bemüht.
 Ja, ich habe mich um einen Platz für eine berufliche Ausbildung bei einer Berufsfachschule bemüht.
 Nein, ich habe mich nicht um einen Platz für eine berufliche Ausbildung bemüht.

Die Frage wurde zusätzlich erläutert:

Wenn Sie sich sowohl bei einem Betrieb als auch bei einer Berufsfachschule um einen Platz für die berufliche Ausbildung beworben haben, dann kreuzen Sie beide Möglichkeiten an!

Bei dieser Frage ist das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) nicht berücksichtigt. Obwohl diese Form der Berufsausbildung meist unter die Berufsfachschulen subsumiert wird (vgl. z. B. Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Bildung im Zahlenspiegel, Bonn 1977), sprechen folgende Gründe gegen diese Einstufung:

- Diejenigen Befragten, die ein Berufsgrundbildungsjahr begonnen haben, kreuzten nicht gleichzeitig die Antwortalternative an, daß sie sich um einen Platz bei einer Berufsfachschule bemüht haben. Vielmehr gab der größte Teil der Schüler im Berufsgrundbildungsjahr an, daß sie sich weiterhin um einen Platz für die berufliche Ausbildung bemühen. Den Befragten selbst ist somit der schulische Charakter des BGJ nicht bewußt und sie betrachten das BGJ lediglich als eine „Zwischenlösung“.
- Durch die verschiedenen Formen des BGJ (schulisch, dual, Sonderformen) ist eine genaue Zuordnung aus erhebungstechnischen Gründen kaum möglich, da in einer postalischen Erhebung dieser Grad der Differenzierung eine Überforderung der Befragten darstellt.

Durch diese Einstufung des BGJ ergibt sich, daß Schüler im BGJ, die angegeben haben, daß sie sich nicht um einen betrieblichen und/oder schulischen Ausbildungsplatz bemüht haben, als sogenannte „Nicht-Nachfrager“ behandelt werden (vgl. unten S. 152).

11) Ende September 1976 betrug die Zahl der noch nicht untergebrachten Bewerber um betriebliche Ausbildungsstellen 27 700; bis Ende November 1976 verringerte sich diese Zahl auf 17 900 (vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.), Ergebnisse der Berufsberatungstatistik 1975/76, Nürnberg 1977, S. 32).

bungen zur Nachfrage nach Ausbildungsplätzen mit den Daten aus der Absolventenbefragung zu konfrontieren.

3.11 Struktur der Nachfrage nach beruflichen Ausbildungsplätzen

Die bisherige Zweiteilung des Bedarfs an beruflichen Ausbildungsplätzen in die Nachfrage nach betrieblichen und nach vollzeitschulischen Ausbildungsplätzen wird der tatsächlichen Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt nicht gerecht: Ein Teil der Jugendlichen bemüht sich sowohl um einen betrieblichen als auch um einen schulischen Ausbildungsplatz (= „Doppelnachfrager“). Etwa jeder 15. Schulabgänger aus dem Sekundarbereich I (6,8%, vgl. Tabelle 2) schlägt diese „zweigleisige Bewerbungsstrategie“ ein. Die hohe Attraktivität der dualen Ausbildung wird durch die Tatsache belegt, daß für 56,8 % der Absolventen und Abgänger allgemeinbildender Schulen aus dem Sekundarbereich I, das sind 428 000 Jugendliche, ein betrieblicher Ausbildungsplatz die einzig gewünschte Form der beruflichen Erstqualifizierung war. 136000 Jugendliche (18,0%) haben sich dagegen nur um einen vollzeitschulischen Ausbildungsplatz bemüht. Völlig unabhängig von der Frage, ob bei den „Doppelnach-

fragern“ eine Präferenz für die Ausbildung im dualen System besteht¹²⁾, fragen insgesamt 63,6 % der Absolventen und Abgänger (479 000) nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz (einschließlich Laufbahnen im öffentlichen Dienst) nach.

Bei der Nachfrage nach einem Platz für die berufliche Ausbildung zeigen sich zum Teil erhebliche Schular- und geschlechtsspezifische Unterschiede: Während sich 19,3 % der Schülerinnen aus der 9. Klasse der Sonderschule für Lernbehinderte um einen Ausbildungsplatz im dualen System bemühen, waren es 70,2 % der männlichen Realschüler. Dabei beeinflusst die Variable „Geschlecht“ das Nachfrageverhalten in stärkerem Maße als der Schulabschluß bzw. die Schularart.¹³⁾ So fragen z. B. männliche Hauptschüler *ohne* Abschluß häufiger einen Ausbildungsplatz im dualen System nach als weibliche Hauptschulabsolventen *mit* Abschluß (54,8 zu 47,6%). Gleichzeitig wird durch diese Zahlen veranschaulicht, daß ein Teil der Jugendlichen — es handelt sich hauptsächlich um Schülerinnen sowie um Entlaßschüler der Sonderschulen bzw. Hauptschulabgänger ohne Abschluß — sich von vornherein nicht um einen betrieblichen Ausbildungsplatz bemüht. Dieser Nachfrageverzicht (insgesamt fragen 36,4 % der Entlaßschüler aus dem Sekundarbereich I nicht nach einem Ausbildungsplatz im dualen System nach) dürfte einmal an der fehlenden Absicht liegen, überhaupt eine berufliche Qualifizierung zu durchlaufen (vgl. die „freiwilligen Bildungsverzichter“ in Tabelle 3), und zum anderen auch darauf zurückzuführen sein, daß die Chancen für den Erfolg der Nachfrage zu niedrig bewertet werden, um als Mitbewerber auf dem Ausbildungsstellenmarkt aufzutreten.¹⁴⁾ So könnte der überproportionale Anteil der weiblichen Jugendlichen an den „Doppelnachfragern“ (Ausnahme: ehemalige Sonderschülerinnen) teilweise dadurch zu erklären sein, daß Mädchen die Erfolgsaussichten einer Bewerbung um einen betrieblichen Ausbildungsplatz geringer einschätzen als männliche Jugendliche, und sich daher alternativ auch um einen schulischen Ausbildungsplatz bemühen.

Auch bei den Nachfragern nach einem vollzeitschulischen Ausbildungsplatz haben weibliche Jugendliche ein deutliches Übergewicht: Ehemalige Schülerinnen bemühten

- 12) Die vollzeitschulische Berufsausbildung wird als „Auffangbecken für abgewiesene Lehrstellenbewerber und für Jugendliche, die zunächst keinen Ausbildungsplatz im gewünschten Beruf gefunden haben“, bezeichnet (vgl. Gafga, H. und Meifort, B., Perspektiven zur Verbesserung der beruflichen Bildungschancen weiblicher Jugendlicher, in BWP 1/1978, S. 3). Tatsächlich zeigt sich unter den Doppelnachfragern eine starke Präferenz für die betriebliche Ausbildung: Von den Doppelnachfragern, die sowohl eine Zusage von einem Betrieb als auch von einer Berufsfachschule erhalten haben, entschieden sich vier Fünftel für eine Ausbildung im dualen System (bei Realschulabsolventen sind es 78,4% der Doppelnachfrager mit Zusagen von beiden Ausbildungsstätten, bei Hauptschulabsolventen liegt dieser Anteil sogar bei 83,3%).
- 13) Der Anteil der durch das Merkmal „Geschlecht“ erklärten Varianz in der Nachfrage nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz beträgt 3,2%, die Variable „Schulabschluß/Schularart“ erklärt dagegen nur 1,1% der Varianz; d. h. der statistische „Vorteil“ eines höheren Schulabschlusses wird vom statistischen „Nachteil“, ein Mädchen zu sein, aufgehoben bzw. übertroffen. Die starke Wechselwirkung der beiden Merkmale wird deutlich, wenn die Ausprägungen „niedriger/kein Schulabschluß“ und „weiblich“ kombiniert sind.
- 14) Für das Verhalten der Jugendlichen sind nicht die objektiven Gegebenheiten ausschlaggebend, sondern die subjektive Wahrnehmung und die damit verbundenen Bewertungen der Gegebenheiten durch das Individuum über Präferenzen und Realisierungsmöglichkeiten (vgl. Kahl, O., Berufswahlforschung heute, in: Die Deutsche Berufs- und Fachschule, 71, 1975/11, S. 846).

Tabelle 2
Die Nachfrage von Absolventen und Abgängern allgemeinbildender Schulen aus dem Sekundarbereich I nach einem Platz für die berufliche Ausbildung (in Prozent)

Nachfrageart	Schüler aus der 9. Klasse der Sonderschule für Lernbehinderte			Hauptschulabgänger aus der 7./8./9. Klasse (ohne Abschluß)			Hauptschulabsolventen (mit Abschluß)			Absolventen und Abgänger aus der Realschule 1)			Absolventen und Abgänger aus dem Sekundarbereich I (Hochrechnung) 2)			
	inges.	männl.	weibl.	inges.	männl.	weibl.	inges.	männl.	weibl.	inges.	männl.	weibl.	insgesamt abs. (in Tsd.)	rel.	männl.	weibl.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
„Doppelnachfrager“ ³⁾	4,2	4,8	3,4	4,7	4,6	4,9	7,0	6,2	7,8	7,7	4,8	10,0	51	6,8	5,5	8,1
Nachfrager n. betriebl. Ausbildungsplatz (einschl. öff. Dienst)	32,7	42,9	19,3	48,3	54,8	38,1	58,5	69,4	47,6	61,4	70,2	54,2	428	56,8	66,1	47,7
Nachfrager n. vollzeitschulischen Ausbildungsplätzen	9,1	4,8	14,8	8,3	6,4	11,3	22,6	13,8	31,3	15,2	7,4	21,4	136	18,0	10,5	25,3
Nicht-Nachfrager 4)	54,1	47,6	62,5	38,7	34,2	45,6	11,9	10,6	13,3	15,8	17,6	14,4	139	18,4	17,9	18,9
Summe	rel.	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	—	100	100	100
	abs.	407	231	176	996	608	388	6380	3180	3200	9012	4036	4976	754	—	391000

1) Der Anteil der Abgänger ohne Mittlere Reife beträgt 3%.

2) Es wurden die Ergebnisse der Statistik über Schulabgänger der Bundesanstalt für Arbeit (St 71) zugrundegelegt.

3) „Doppelnachfrager“ sind Jugendliche, die sich sowohl bei Betrieben (Büro, Bank, Behörde, Geschäft usw.) als auch bei Berufsfachschulen um einen Platz für die berufliche Ausbildung bemüht haben.

4) Nicht-Nachfrager sind Jugendliche, die sich weder bei Betrieben usw. noch bei Berufsfachschulen um einen Ausbildungsplatz bemüht haben.

sich doppelt bis dreimal so oft um einen Platz bei Berufsfachschulen (einschließlich Fachschulen für Sozialpädagogik) wie ihre männlichen Kollegen, die geschlechtsspezifischen Unterschiede sind komplementär zur Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen. Darin spiegelt sich das fehlende Angebot an vollzeitschulischen Qualifizierungsmöglichkeiten für männliche Jugendliche wider: Gewerblich-technische Berufsfachschulen sind nur in einer relativ geringen Zahl vorhanden. Aber auch hier fragen Entlassschüler der Sonderschule für Lernbehinderte und Hauptschulabgänger ohne Abschluß in geringerem Maße Ausbildungsplätze nach als Hauptschüler mit Abschluß und ehemalige Realschüler. Bei diesen Gruppen dürfte einmal die fehlende Kenntnis von der Alternative einer schulischen Berufsausbildung¹⁵⁾ sowie die Zugangsvoraussetzungen (meist Hauptschulabschluß) zum Besuch der Berufsfachschule, aber auch eine gewisse Schulverdrossenheit die geringere Nachfrage erklären.

Als „Nicht-Nachfrager“ werden diejenigen Absolventen und Abgänger bezeichnet, die sich weder um einen betrieblichen, noch um einen schulischen Ausbildungsplatz bemüht haben. Hier spiegeln sich die bei der Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen festgestellten schul-

Sonderschüler und fast zwei Fünftel der Hauptschulabgänger ohne Abschluß bemühen sich nicht um einen Platz für die berufliche Ausbildung. Auch bei diesen beiden Teilgruppen sind erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede festzustellen.

Diese Nicht-Nachfrager sind jedoch nicht mit den „freiwilligen Bildungsverzichtern“ gleichzusetzen, die keine berufliche Qualifizierung anstreben.¹⁶⁾ Vielmehr zeigen die Zahlen der Tabelle 3, in der der Verbleib dieser Nicht-Nachfrager dargestellt ist, daß es sich bei dem überwiegenden Teil dieses Personenkreises um eine Verzögerung der Nachfrage handelt.

Da der Besuch einer weiterführenden Schule oder eines Berufsgrundbildungsjahres bzw. die Teilnahme an außerschulischen berufsvorbereitenden Maßnahmen kaum mit einem freiwilligen Bildungsverzicht gleichgestellt werden kann (vgl. „Bildungswillige“ Spalte 5 der Tabelle 3), wird die in zahlreichen Modellrechnungen angeführte Hypothese, daß ca. 10% der Schulabgänger eines Jahrganges keine weitere Qualifikation nachfragen, in Frage gestellt: 15,2 % der Nicht-Nachfrager münden ohne weitere Ausbildungsabsicht direkt in die Erwerbstätigkeit ein, verbleiben im Haushalt der Eltern oder tun „Sonstiges“, das sind 3,8 % aller Absolventen und Abgänger allgemeinbildender Schulen aus dem Sekundarbereich I. Gleichzeitig wird durch diese Zahlen verdeutlicht, daß die Zielvorstellungen des Bildungsgesamtplans — alle Jugendlichen sollen eine berufliche Vorqualifizierung durchlaufen¹⁷⁾ —, zumindest auf der Nachfrageseite nahezu erreicht ist (zur Realisierung dieser Nachfrage vgl. unten Gliederungspunkt 4.2).

Trotzdem belegen die hohen Verzichterquoten bei den Sonderschülern und den Hauptschulabgängern ohne Abschluß (17,0 bzw. 14,5%), daß insbesondere diese Problemgruppen trotz Intensivierung der Bildungswerbung nicht zu einer Teilnahme an Bildungsmaßnahmen motiviert werden konnten, bzw. daß ein für diesen Personenkreis adäquates Bildungsangebot noch nicht geschaffen wurde.¹⁸⁾ Auch der überproportionale Anteil der Bil-

- 15) In einer regional begrenzten Untersuchung im Landkreis Aurich hatten insgesamt 17,8% der befragten Schulentlassenen aus dem Sekundarbereich I keine Kenntnis von alternativen schulischen Ausbildungsmöglichkeiten. Bei Hauptschulabgängern ohne Abschluß betrug diese Quote 22,5%, bei den ehemaligen Realschülern dagegen nur 11,1% (vgl. Hübl, L. u. a., *Ausbildungsverhalten Jugendlicher: Gründe für die Nichtaufnahme einer Berufsausbildung*, Hannover, Januar 1978, S. 31 f.).
- 16) Vgl. Mertens, D., Stooß, F., Tessaring, M., *Möglichkeiten zur Deckung der Ausbildungslücke in den kommenden Jahren*, in: *MittAB 1/1977*, S. 126.
- 17) Vgl. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung, *Bildungsgesamtplan*, Band I, Bonn 1973, S. 28 f.
- 18) Der Begriff der Freiwilligkeit in bezug auf den Bildungsverzicht könnte evtl. zu der Auffassung führen, daß Jugendliche tatsächlich aus ihrem eigenen „freien Willen“ heraus auf eine berufliche Qualifizierung verzichten, weil sie z. B. andere Präferenzen für ihren beruflichen Werdegang entwickelt haben. Hier ist jedoch zu berücksichtigen, daß zahlreiche sozio-ökonomische sowie sozialpsychologische Faktoren den Bildungsverzicht beeinflussen (vgl. z. B. Schweikert, K. u. a., *Jugendliche ohne Berufsausbildung — ihre Herkunft, ihre Zukunft* —, Analytische und konzeptionelle Ansätze, Schriften zur Berufsbildungsforschung 30, Hannover 1975, passim).

Tabelle 3
Der Verbleib der Nicht-Nachfrager unter den Absolventen und Abgängern allgemeinbildender Schulen aus dem Sekundarbereich I

Schulart/Schulabschluß	Zahl der Fälle	„Bildungswillige“				„freiwillige Bildungsverzichter“				Spalte 9 in % aller Absolventen und Abgänger
		in % der Spalte 1				in % der Spalte 1				
		Weiterführende Schule	Berufsgrundbildungsjahr	Außerschul. berufsvorbereit. Maßnahmen	Summe der Spalten 2, 3 und 4	Erwerbstätigkeit	Haushalt der Eltern	Sonstiges	Summe der Spalten 6, 7 und 8	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Schüler aus der 9. Klasse insgesamt	220	19,6	35,0	14,1	68,6	12,3	2,3	16,4	31,4	17,0
der Sonderschule für weiblich	110	22,7	32,7	14,6	70,0	12,7	/	13,6	30,0	18,8
Lernbehinderte										
Hauptschulabgänger insgesamt	385	/	55,8	5,7	62,6	22,6	6,2	8,6	37,4	14,5
aus der 7./8./9. Klasse weiblich	177	/	25,4	6,8	36,7	30,0	12,4	20,9	63,3	28,9
ohne Abschluß										
Hauptschulabsolventen insgesamt	761	65,3	22,2	1,5	89,0	5,3	1,6	4,2	11,0	1,3
mit Abschluß weiblich	425	61,9	21,4	/	84,9	7,5	2,6	5,0	15,1	2,0
Absolventen und Abgänger insgesamt	1.425	86,5	1,7	-	88,2	1,9	/	9,3	11,8	1,9
aus der Realschule weiblich	715	66,3	7,4	2,8 ¹⁾	76,5	1,8	/	20,8	23,5	3,4
Sekundarbereich I insgesamt ²⁾	139.000	48,9	26,3	4,2	79,5	9,4	2,5	8,6	20,5	3,8
insgesamt ²⁾ weiblich	68.600	44,7	20,4	5,1	70,2	11,6	4,4	13,9	29,9	5,6

1) Einschließlich Praktikantinnen.

2) nach den Anteilen der Nicht-Nachfrager in der Grundgesamtheit gewichtetes Mittel.

dungsverzichter unter den weiblichen Jugendlichen zeigt deutlich, daß hier konkret eingrenzbar Gruppen in unserer Gesellschaft außerhalb des Ausbildungssystems stehen. Zusätzlich zur absoluten Zahl von ca. 20 000 Bildungsverzichtern¹⁹⁾ unter den nicht-nachfragenden Sonderschülern und Hauptschulabgängern ist weiterhin zu berücksichtigen, daß der Anteil der „Bildungswilligen“, die ein Berufsgrundbildungsjahr begonnen haben bzw. an einer außerschulischen berufsvorbereitenden Maßnahme teilnehmen, bei diesen beiden Problemgruppen mit 49,1 bzw. 61,5 % besonders hoch ist (vgl. Summe der Spalten 3 und 4 der Tabelle 3). Da nicht sichergestellt ist, daß Absolventen eines Berufsgrundbildungsjahres bzw. außerschulischer berufsvorbereitender Maßnahmen in eine vollqualifizierende Berufsausbildung übergehen können bzw. wollen, kann die endgültige Quote der Jugendlichen ohne abgeschlossene berufliche Ausbildung noch nicht bestimmt werden. Spätere Erhebungen im Rahmen der Längsschnitt-Untersuchung können darüber jedoch Aufschluß geben.

3.12 Projektiver Bedarf an beruflichen Ausbildungsplätzen und effektive Nachfrage

Zur Bestimmung des voraussichtlichen Bedarfs an beruflichen Ausbildungsplätzen wurden bislang folgende methodische Ansätze gewählt:

1. Die Zahl der benötigten Ausbildungsplätze wird aufgrund der demographischen Bevölkerungsentwicklung und mit Hilfe empirisch festgestellter — teilweise un-

ter bestimmten Prämissen dynamisierter — Übergangsquoten prognostiziert.²⁰⁾ Dieser Ansatz impliziert nicht nur eine (relative) Invarianz der Übergangsquoten, sondern geht auch von einer Kongruenz zwischen Übergangs- und Nachfragequoten aus, d. h. nach diesem Konzept mündet jeder Nachfrager in die berufliche Ausbildung ein bzw. es wird zumindest mit ausgeglichenen Salden gerechnet.

2. Der Bedarf an Ausbildungsplätzen wird durch eine direkte Befragung nach der Ausbildungsabsicht der potentiellen Nachfrager, d. h. der Schüler in den Abschlußklassen allgemein- und berufsbildender Vollzeitschulen, festgestellt.²¹⁾

Die Ergebnisse der Absolventenbefragung ermöglichen eine Überprüfung der projektiven Modellrechnungen und der Erhebung über die Ausbildungsabsichten. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen gelegt, da diesem Bereich schon unter quantitativem Aspekt die größte Bedeutung zukommt.

Die Daten der Tabelle 4 zeigen, daß die Bedarfsprojektionen des Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft, aber auch der Bund-Länder-Kommission von zu niedrigen Nachfragequoten nach betrieblichen Ausbildungsplätzen ausgegangen sind. Die Schätzung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft im Berufsbildungsbericht 1977 für die Nachfrage der Absolventen und Abgänger aus dem Sekundarbereich I liegt dagegen um ca. 2 Prozentpunkte über der hier festgestellten effektiven Nachfrage. Die absolute Zahl der nach dem Berufsbildungsbericht benötigten Ausbildungsplätze im dualen System stimmt nahezu überein, da der Berufsbildungsbericht von niedrigeren Zahlen bei den Schulabgängern ausgegangen ist. Eine sehr hohe Übereinstimmung ergibt sich beim Vergleich der Daten aus der KMK-Schülerbefragung mit denen der IAB-Untersuchung. Obwohl es Ziel der KMK-Befragung ist, die „Ausbildungsabsicht“ bei den Entlaß-

19) Diese hochgerechnete Zahl ergibt sich durch Addition der 17,0% der Sonderschüler und 14,5% der Hauptschulabgänger.

20) Vgl. z. B. Kühlewind, G., Mertens, D., Tessaring, M., a. a. O., S. 26 ff.; Kuratorium der Deutschen Wirtschaft, a. a. O., S. 7 ff.; BLK, Programm, a. a. O., S. 67 ff.; Berufsbildungsbericht 1977.

21) Vgl. z. B. KMK-Schülerbefragung 1977; Der Regierungspräsident in Kassel, Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen der Schulabgänger des Schuljahres 1976/77 im Regierungsbezirk Kassel, Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, Kassel, 11. Juli 1977.

Tabelle 4
Projektiver Bedarf an beruflichen Ausbildungsplätzen und effektive Nachfrage durch Absolventen und Abgänger allgemeinbildender Schulen aus dem Sekundarbereich I 1977 – absolute Zahlen in Tausend –

	Projektiver Bedarf				Effektive Nachfrage	
	Kuratorium 1976 ¹⁾ 1	BLK 1976 ²⁾ 2	BLK 1977 ³⁾ 3	BMBW 1977 ⁴⁾ 4	KMK 1977 ⁵⁾ 5	IAB/3-213 1977 6
Zahl der Schulabgänger 1977	718	714	752	739	744	754
Betriebliche Ausbildungsplätze	abs. 424 rel. 59	abs. 428 rel. 60	abs. 440 rel. 59 ⁶⁾	abs. 480-487 rel. 65- 66	abs. 472 rel. 63,5	abs. 479 rel. 63,6 ⁷⁾
Vollzeitschulische Ausbildungsplätze	abs. 86 rel. 12	abs. 171 rel. 24	abs. 185 rel. 25	abs. – rel. –	weitere schulische Qualifikation abs.: 234 rel.: 31,4	abs. 136 rel. 18,0
Berufsgrundbildungsjahr	abs. 23 rel. 3	abs. 21 rel. 3	abs. 80 rel. 11	abs. – rel. –	abs.: 234 rel.: 31,4	abs. – rel. –
Residuum (Verzichter, Nicht-Nachfrager)	abs. 185 rel. 26	abs. 93 rel. 13	abs. 47 rel. 6	abs. – rel. –	abs. 38 rel. 5,1	abs. 139 rel. 18,4

1) Vgl. Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung (Hrsg.). Zum Ausbildungsbedarf im kommenden Jahrzehnt, Bonn, im Juli 1976.

2) Vgl. Bund-Länderkommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Bonn (Hrsg.), Diagnose und Maßnahmevorschläge zur Minderung der Beschäftigungsrisiken von Jugendlichen, Unterlage K 42/76, unveröffentlichtes Manuskript.

3) Vgl. Bund-Länderkommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Programm zur Durchführung vordringlicher Maßnahmen zur Minderung der Beschäftigungsrisiken von Jugendlichen, Konkretisierung und Fortschreibung, Bonn, 5.12.1977 S. 67 ff.

4) Vgl. Berufsbildungsbericht 1977, S. 25 f.

5) Vgl. KMK-Schulabgängerbefragung 1977, a.a.O. S. 1 f.

6) Ohne Berufsgrundbildungsjahr.

7) Einschließlich „Doppelnachfrager“.

schillern festzustellen, kann hier von effektiver Nachfrage gesprochen werden, da sich bei einem Großteil der Entlassschüler die Ausbildungsabsicht zum Befragungszeitpunkt (ca. 6 Wochen vor Schuljahresende) bereits in einer konkreten Nachfrage nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz manifestiert hat. Die minimale Differenz von 0,1 % zur retrospektiv erfaßten Nachfrage in der IAB-Untersuchung deutet darauf hin, daß die Ergebnisse der KMK-Schülerbefragung relativ frühzeitig ein genaues Bild von der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen im dualen System liefern können.

Im Bereich der schulischen Berufsausbildung ist ein direkter Vergleich von voraussichtlicher und effektiver Nachfrage durch unterschiedliche kategoriale Abgrenzungen nur bedingt möglich. Es zeichnet sich jedoch die wachsende Bedeutung dieser Ausbildungsform für die berufliche Erst- bzw. Vorqualifizierung ab. Die in Spalte 6 der Tabelle 4 ausgewiesene Nachfrage nach vollzeitschulischen Ausbildungsplätzen (136 000) wäre noch um die 51 000 „Doppelnachfrager“ zu ergänzen, so daß sie nahezu vollständig mit der neuesten Schätzung der Bundesländer-Kommission (vgl. Spalte 3) übereinstimmt. Allerdings ist zu beachten, daß diese Nachfragergruppe dann entsprechend ihrer Charakterisierung als Bewerber um betriebliche *und* schulische Ausbildungsplätze doppelt berücksichtigt wurde.

Die Zahlen der Residualkategorie sind nicht zu interpretieren, da hier eine Abgrenzung zwischen freiwilligen Bildungsverzichtern und Besuchern weiterführender allgemeinbildender Schulen nicht erfolgen kann.

3.2 Absolventen aus dem Sekundarbereich II

3.2.1 Struktur der Nachfrage nach beruflichen Ausbildungsplätzen (ohne Studium)

Berufliche Ausbildungsplätze außerhalb des tertiären Bereichs waren in der Vergangenheit für Hochschulberechtigte kaum erstrebenswert, da ein Hochschulabschluß den

Berufserfolg — gleichgültig ob materiell oder immateriell definiert — quasi garantierte. Die gegenwärtigen Probleme von Hochschulabsolventen bei der Einmündung in eine — zu Beginn des Studiums als adäquat angesehene — berufliche Anfangsposition²²⁾ haben sich jedoch auf die Attraktivität von Alternativen zu einem Studium ausgewirkt: Bei der Nachfrage nach betrieblichen bzw. vollzeitschulischen Ausbildungsplätzen ist bei den Hochschulberechtigten eine ansteigende Tendenz festzustellen.²³⁾ Empirisch läßt sich die nachlassende Studienabsicht wie folgt belegen:

1. Der Anteil der Studienwilligen unter den Hochschulberechtigten ging von 89,7 % im Schuljahr 1971/72 auf 72,7 % im Schuljahr 1976/77 zurück.²⁴⁾
2. Aufgrund der ungünstigen Bedarfsprognosen für Lehrer ist der Zugang zu Lehramtsstudiengängen drastisch gesunken.²⁵⁾

Die verringerte Studienabsicht bei Hochschulabsolventen spiegelt sich auch in den Zahlen der Tabelle 5 wider: Etwa 38 % aller Hochschulberechtigten des Jahres 1976 bemühten sich um einen Platz für die berufliche Ausbildung außerhalb des tertiären Bildungsbereichs. Diese hohe Zahl an Nachfragern nach einem betrieblichen bzw. vollzeitschulischen Ausbildungsplatz läßt sich als Reaktion auf die Verunsicherung durch verringerte Arbeitsmarktchancen für Hochschulabsolventen²⁶⁾ sowie auf die Erschwerung des Hochschulzugangs interpretieren.²⁷⁾ Diese Tendenz ist bei weiblichen Hochschulberechtigten stärker: Ihr Anteil an den „Nicht-Nachfragern“²⁸⁾ liegt mit 49,4 % erheblich unter dem der männlichen Absolventen (70,9 %). Da es für die meisten dieser „Nicht-Nachfrager“ feststeht, daß sie ein Studium beginnen, zeigt sich darin die geringer ausgeprägte Studierwilligkeit der weiblichen Hochschulberechtigten.

Ähnliche Unterschiede ergeben sich auch bei Berücksichtigung der Art der Hochschulreife: der geringere Anteil an den Nicht-Nachfragern zeigt, daß Absolventen mit fachgebundener bzw. allgemeiner Hochschulreife häufiger einen Ausbildungsplatz im dualen System bzw. an einer Berufsfachschule suchen als die Absolventen von Fachoberschulen.

Wie bei den Absolventen und Abgängern aus dem Sekundarbereich I sind auch bei den Hochschulberechtigten sogenannte „Doppelnachfrager“ (4,5 %) festzustellen, die sich sowohl um einen betrieblichen als auch um einen schulischen Ausbildungsplatz bemühen. Deutlich häufiger als männliche Abiturienten und Fachoberschulabsolventen ergreifen weibliche Hochschulberechtigte — unabhängig von der Art der Hochschulreife — diese alternative Nachfragestrategie. Insgesamt haben sich somit 30,9% (Nachfrager bei Betrieben *und* Doppelnachfrager) des Abiturientenjahrganges 1976 um eine Ausbildung im dualen System (einschließlich Laufbahnen im öffentlichen Dienst und betriebliche Sonderausbildungen) bemüht. Diese Nachfrage wurde nicht voll im Jahre 1976 wirksam, sondern erstreckte sich zum Teil bis in das Jahr 1977. Aus Tabelle 6 ist jedoch zu erkennen, daß bis zum 30. September 1976, dem Stichtag zur Festlegung der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen, fast drei Viertel (72,1 %) der Nachfrager ihre Bemühungen bereits aufgenommen hatten. Die für Hochschulberechtigte als hypothetische Varianten angenommenen Nachfragequoten von 10 bzw. 20 % nach einer betrieblichen Ausbildung²⁹⁾ sind daher bereits von der Wirklichkeit eingeholt bzw. sogar übertroffen. Die auf einer 5 %-Quote basierende Schätzung der Nachfrage durch das Kuratorium der

22) Vgl. Tessaring, M., Qualifikationsspezifische Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, in: MittAB 2/1977, S. 229 ff.

23) Die Zahl der Einmündungen in eine betriebliche Ausbildung hat sich 1975/76 gegenüber dem Vorjahr bei männlichen Ratsuchenden mit Abitur um 145,4%, bei Abiturientinnen um 169,9% erhöht (vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.), Berufsberatung 1975/76, Ergebnisse der Berufsberatungsstatistik, Nürnberg im Juli 1977, S. 32 und 35).

24) Vgl. Wirtschaft und Statistik 10/1977, S. 616 ff. die neuesten Zahlen über die Studierwilligen im Schuljahr 1977/78 für die Bundesländer Baden-Württemberg und Berlin deuten darauf hin, daß der Anteil der Studierwilligen unter die 70%-Grenze fällt (vgl. DÜZ/HD 8/1978, S. 251 f.).

25) Die Zahl der Studienanfänger für ein Lehramtsstudium sank von 41 880 im Wintersemester 1974/75 auf 31 864 im Wintersemester 1975/76 (vgl. Statistisches Jahrbuch 1976, S. 107 und 1977, S. 337).

26) Den Studierenden sind die Probleme beim Übergang von der Hochschule in das Beschäftigungssystem durchaus bewußt: Lediglich 9% aller befragten Studierenden gaben an, daß es für sie leicht bzw. sehr leicht sei, nach Beendigung des Studiums einen ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz zu finden. Auch die Erwartungen der Studierenden über die zukünftige Entwicklung der Akademikerarbeitslosigkeit sind äußerst pessimistisch, wie eine Befragung von Heidelberger Universitätsstudenten ergab (danach erwartet über die Hälfte der Studierenden (55,6%) eine starke Zunahme der Akademikerarbeitslosigkeit, ein Drittel eine schwache Zunahme, und nur 10% ein Gleichbleiben oder eine geringe Abnahme, vgl. Baumann, U. und Hamburger, F., Studentische Berufsvorstellungen und Akademikerarbeitslosigkeit, in: DÜZ/HD 7/1978, S. 211).

27) Für den Abiturientenjahrgang 1976 waren noch die vollständigen Zulassungsbeschränkungen wirksam.

28) In Analogie zu den Entlassschülern aus dem Sekundarbereich I wird auch hier von „Nicht-Nachfragern“ gesprochen, obwohl bei den Hochschulberechtigten das Studium als zusätzliche bzw. wichtigste Ausbildungsalternative zu berücksichtigen ist. Es sei daher nochmals betont, daß sich die Nicht-Nachfrage nur auf Ausbildungsplätze im dualen System bzw. an Berufsfachschulen bezieht.

29) Vgl. BLK, Diagnose . . . , a. a. O., S. 32 f. In einer Totalerhebung bei Entlassschülern der Gymnasien im Regierungsbezirk Kassel (Schuljahr 1976/77) wurde auch für 1977 eine ähnlich hohe Nachfragequote (27 %) nach einer beruflichen Ausbildung im dualen System festgestellt (vgl. Der Regierungspräsident in Kassel, Die Nachfrage . . . , a. a. O., S. 9).

Tabelle 5
Die Nachfrage von Abiturienten und Absolventen von Fachoberschulen nach einem Platz für die berufliche Ausbildung
(ohne Hochschulstudium)

		Hochschulberechtigte mit Abschluß im Schuljahr 1975/76 ¹⁾								
		alle Hochschulberechtigten			Hochschulberechtigte mit allgemeiner bzw. fachgebundener Hochschulreife			Hochschulberechtigte mit Fachhochschulreife		
		insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
„Doppel-Nachfrager“	abs.	349	69	280	304	51	253	45	18	27
	rel.	4,5	1,5	8,8	5,1	1,6	9,0	2,7	1,4	7,5
Nachfrager nach betrieblichen Ausbildungsplätzen ²⁾	abs.	2.029	1.154	875	1.656	878	778	373	276	97
	rel.	26,4	25,6	27,5	27,6	27,5	27,6	22,3	21,0	27,0
Nachfrager nach vollzeitschulischen Ausbildungsplätzen	abs.	541	89	452	481	66	415	60	23	37
	rel.	7,0	2,0	14,2	8,0	2,1	14,7	3,6	1,8	10,3
„Nicht-Nachfrage“	abs.	4.761	3.191	1.570	3.567	2.195	1.372	1.194	996	198
	rel.	61,9	70,9	49,4	59,4	68,8	48,7	71,4	75,9	55,2
Summe	abs.	7.680	4.503	3.177	6.008	3.190	2.818	1.672	1.313	359
	rel.	100	100	100	100	100	100	100	100	100

1) Bundesrepublik Deutschland ohne Bayern.

2) Einschließlich betriebliche Sonderausbildungen und Laufbahnen im öffentlichen Dienst.

Deutschen Wirtschaft, das die projektiven Nachfragequoten der BLK als Übergangsquoten interpretiert und diese als unrealistisch bezeichnet hat³⁰⁾, ist damit ebenso wie die Annahme des Berufsbildungsberichtes³¹⁾ deutlich zu niedrig angesetzt.

Die vergleichsweise niedrigeren Nachfragequoten bei den Absolventen mit Fachhochschulreife lassen sich wie folgt erklären:

- Ein Teil dieses Personenkreises hat bereits eine berufliche Erstausbildung durchlaufen.³²⁾
- Der Anteil der Studierwilligen liegt bei den Absolventen mit Fachhochschulreife höher als bei den Abiturienten mit allgemeiner bzw. fachgebundener Hochschulreife (77,9 zu 74,4 %, vgl. unten Spalte 1 der Tabelle 8).

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede belegen, daß sich weibliche Hochschulberechtigte häufiger um einen betrieblichen Ausbildungsplatz bemühen als ihre männlichen Kollegen. Diese Unterschiede verstärken sich bei der Nachfrage nach vollzeitschulischen Ausbildungsplätzen: Während nur für 2 % der männlichen Hochschulberechtigten die Berufsfachschule die einzige Alternative zum Studium darstellte, hat sich jede siebente Abiturientin (14,2%) um einen schulischen Ausbildungsplatz bemüht, ohne eine betriebliche Ausbildung ins Auge zu fassen. Der Verbleib der Hochschulberechtigten, die weder bei Betrieben noch bei Berufsfachschulen nach einem Platz für die berufliche Qualifizierung nachgefragt haben, ist in Tabelle 7 dargestellt. Es zeigt sich, daß diese „Nicht-

Tabelle 6
Zeitpunkt der ersten Bewerbung um einen betrieblichen Ausbildungsplatz bei Hochschulberechtigten (in Prozent)

	Hochschulberechtigte ¹⁾		
	insgesamt	mit fachgebundener bzw. allgemeiner Hochschulreife	mit Fachhochschulreife
September 1975 und früher	16,8	13,3	33,3
Oktober 1975 bis März 1976	37,9	40,8	24,6
April 1976 bis September 1976	17,4	17,2	17,9
Oktober 1976 bis März 1977	13,1	13,8	9,8
April 1977 und später	7,8	8,3	5,7
ohne Angabe	6,9	6,6	8,6
Summe	100	100	100

1) Entlassjahrgang 1975/76.

Nachfrager“ nicht mit den Studierenden gleichzusetzen sind, wenn auch die überwiegende Zahl (78,5 %) dieses Personenkreises ein Studium beginnt. Weibliche „Nicht-Nachfrager“ nehmen dabei häufiger ein Studium auf als ihre männlichen Kollegen. Diese geschlechtsspezifischen Unterschiede beruhen größtenteils darauf, daß der Wehr- bzw. Zivildienst sowie die Tätigkeit als Zeitsoldat bei den männlichen „Nicht-Nachfragern“ den Studienbeginn verzögert hat. Auch die Art der Hochschulreife ist für den Verbleib der „Nicht-Nachfrager“ von Bedeutung: „Nicht-Nachfrager“ mit Fachhochschulreife münden häufiger als Absolventen mit allgemeiner bzw. fachgebundener Hochschulreife direkt in die Erwerbstätigkeit ein (9,7 zu 3,1 %), beim Anteil der Studierenden ist dagegen ein umgekehrtes Verhältnis festzustellen (69,6 zu 81,5 %).

3.22 Die Studienabsicht der Hochschulberechtigten

Der abnehmende Anteil der Studierwilligen und die dazu überproportional gestiegene Nachfrage nach einer beruflichen Ausbildung außerhalb des tertiären Bildungsbereichs

³⁰⁾ Vgl. Kuratorium . . . , a. a. O., S. 13.

³¹⁾ Vgl. Berufsbildungsbericht 1977, S. 26.

³²⁾ Ein typischer Ausbildungsverlauf dieses Personenkreises vollzieht sich nach dem Erwerb der Mittleren Reife so: Berufsausbildung → Fachoberschule → Fachhochschulreife. So besaßen im Jahre 1973 59 % der Schüler in der 12. Klasse der Fachoberschulen Nordrhein-Westfalens eine abgeschlossene Berufsausbildung (diese Quote ist allerdings nach Bundesländern sehr unterschiedlich; so lautet die vergleichbare Zahl für Bayern 38 %). Obwohl der direkte schulische Zugang zur Fachoberschule eine zunehmende Tendenz aufweist, hatte 1975 in Bayern noch jeder vierte Absolvent einer Fachoberschule bereits eine praktische Berufsausbildung (vgl. dazu Asendorf — Krings, I. u. a., Reform ohne Ziel? Zur Funktion weiterführender beruflicher Schulen, Eine bildungspolitische Analyse auf empirisch-statistischer Grundlage, Frankfurt, Köln 1975, S. 42; sowie Bofinger, J. u. a., Schullaufbahnen und Bildungswege, in: Schullehrer 3/1977, S. 10).

Tabelle 7
Der Verbleib der Hochschulberechtigten ¹⁾, die weder bei Betrieben noch bei Berufsfachschulen nach einem Platz für die berufliche Ausbildung nachgefragt haben (= „Nicht-Nachfrager“)

Status im Dezember 1977	„Nicht-Nachfrager“								
	mit allgemeiner bzw. fachgebundener Hochschulreife			mit Fachhochschulreife			alle Hochschulberechtigten		
	insg.	m	w	insg.	m	w	insg.	m	w
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Studierender	81,5	73,8	93,9	69,6	67,7	79,3	78,5	71,9	92,0
Erwerbstätiger	3,0	3,1	2,7	9,7	8,9	13,6	4,7	5,0	4,1
Zeit-/Berufssoldat	4,8	7,8	-	6,4	7,6	-	5,2	7,8	-
Wehr-/Zivildienstleist.	6,6	10,8	-	9,2	11,0	-	7,3	10,9	-
Praktikant	1,4	1,4	1,2	/	/	/	1,1	1,1	1,2
Arbeitslos	0,6	0,7	/	0,8	/	/	0,7	0,7	/
Sonstiges ²⁾	0,7	0,7	0,8	2,0	1,5	/	1,1	0,9	1,3
ohne Angabe	1,4	1,6	1,0	1,8	1,9	/	1,5	1,7	1,0
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100	100

1) Bundesrepublik Deutschland ohne Bayern, Erwerb der Hochschulberechtigung 1976.
 2) z.B. Wartezeit überbrücken, Reisen.

könnten darauf hindeuten, daß sich die limitationale Beziehung zwischen dem Erwerb der Hochschulreife und dem Zugang zur Hochschule, wie sie bei Übergangsquoten von etwa 85% früherer Abiturientenjahrgänge bestand³³⁾, auflockert. Inwieweit ein Studienwunsch jedoch tatsächlich aufgegeben wird, zeigt ein Vergleich zwischen den Ergebnissen der Absolventenbefragung und der Erhebung des Statistischen Bundesamts über Studien- und Berufswünsche von Abiturienten (vgl. Tabelle 8). Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Gegenüberstellung lediglich

33) Die Übergangsquoten der Abiturienten in ein Studium haben sich in der Vergangenheit wie folgt entwickelt (vgl. Hofbauer, H., Ausbildungs- und Berufswege von Abiturienten ohne Studium, in: MittAB 3/1975, S. 193):
 vor 1939: 71%
 1944 bis 1952: 72%
 1953 bis 1960: 84%

gruppenspezifische Aussagen ermöglicht, da individuelle Veränderungen der Studienabsicht nicht erfaßt werden. Nur etwas mehr als die Hälfte der Studierwilligen des Abiturientenjahrganges 1976 hat noch in demselben Jahr ein Studium an einer Hochschule bzw. Fachhochschule aufgenommen (75,3 zu 39,7 %, vgl. Spalten 1 und 5 der Tabelle 8). Ein Jahr später (Stand Dezember 1977) hat sich der Anteil der Studierenden auf 59,9 % erhöht. Während dieser verzögerte Studienbeginn bei männlichen Hochschulberechtigten zu einem großen Teil auf den Wehr- bzw. Zivildienst zurückzuführen ist, rekrutieren sich die „verspäteten“ weiblichen Studienanfänger hauptsächlich aus Hochschulberechtigten, die vor dem Studium ein Praktikum abgeleistet haben oder kurzfristig erwerbstätig waren. Etwa ein Fünftel der Studierwilligen (15,4% aller Abiturienten und Fachoberschulabsolventen) hat demnach die Studienabsicht ca. 1½ Jahre nach Verlassen der Schule noch nicht verwirklicht. Zu diesem Zeitpunkt ist die Differenz zwischen geäußelter Studienabsicht (Spalte 1) und Verwirklichung der Absicht (Spalte 6) bei den weiblichen Absolventen mit Hochschulreife am geringsten, bei den männlichen Absolventen mit Fachhochschulreife mit ca. 21 Prozentpunkten dagegen am größten. Diese geschlechtsspezifischen Unterschiede sind jedoch nicht so zu interpretieren, daß männliche Hochschulberechtigte geringere Chancen bei der Verwirklichung ihrer Studienabsicht haben. Es zeigt sich vielmehr, daß männliche Hochschulberechtigte, die im Dezember 1977 nicht studierten, häufiger eine weitere Studienabsicht bekunden als weibliche Nicht-Studierende (vgl. Spalte 7). Werden die Anteilswerte der realisierten Studienabsicht (Spalte 6) mit der weiteren Studienabsicht (Spalte 7) addiert, so ergibt sich das bekannte Faktum, daß weibliche Hochschulberechtigte weniger häufig einen Studienplatz einnehmen (wollen) als männliche Absolventen aus dem Sekundarbereich II. Hochschulberechtigte mit allgemeiner bzw. fachgebundener Hochschulreife halten in stärkerem Maße an ihrer Studienabsicht fest als Absolventen von Fachoberschulen:

Im Vergleich zur Erhebung des Statistischen Bundesamtes hat sich der Anteil der Nicht-Studierwilligen bei den Hochschulberechtigten mit Fachhochschulreife von 6,5 auf

Tabelle 8
Abiturienten und Absolventen von Fachoberschulen des Schuljahres 1975/76 nach der Studienabsicht und tatsächlich ergriffenem Studium (in Prozent) ¹⁾

		Studienabsicht ²⁾ HStatG			IAB-Projekt 3-213 E					
					Zahl der Fälle	Studierende		1977 Nicht-Studierende		
		abs.	Dez.1976	Dez.1977		mit Studienabsicht	ohne Studienabsicht	unentschlossen ³⁾		
			in % v. Sp.4	in % v. Sp.4		in % v. Sp.4	in % v. Sp.4	in % v. Sp.4		
1	2	3	4	5	6	7	8	9		
Allgemeine/ fachgebundene Hochschulreife	insges.	74,4	10,2	15,4	5885	40,3	60,5	13,2	7,8	18,6
	männl.	77,8	6,6	15,6	3147	30,3	58,8	17,5	5,0	18,7
	weibl.	70,6	14,3	15,1	2738	51,9	62,4	8,2	11,0	18,4
Fachhochschulreife	insges.	77,9	6,5	15,6	1624	37,3	57,6	11,3	8,5	22,7
	männl.	80,6	4,6	14,8	1274	37,4	59,5	11,9	6,4	22,4
	weibl.	69,1	12,5	18,4	350	36,6	50,6	8,9	16,3	24,3
Insgesamt	abs.	137919	16956	28286	7509	2979	4494	957	597	1461
	rel.	75,3	9,3	15,4	100	39,7	59,9	12,7	8,0	19,5

1) Bundesrepublik Deutschland ohne Bayern.
 2) Quelle: Wirtschaft und Statistik 10/1976; S. 616-620.
 3) Einschließlich ohne Angabe.

8,5% erhöht, bei den Hochschulberechtigten mit allgemeiner bzw. fachgebundener Hochschulreife ist dieser Anteil dagegen leicht zurückgegangen (vgl. Spalte 2 und 8). Ca. 18 Monate nach Verlassen der Schule steht für ein Fünftel der Hochschulberechtigten (19,5%) immer noch nicht fest, ob sie zu einem späteren Zeitpunkt ein Studium aufnehmen werden. Der Anteil dieser „Unentschlossenen“ liegt bei den Absolventen der Fachoberschule höher als bei den Abiturienten. Allgemein deutet diese hohe Quote der Unentschlossenen auf die wachsende Verunsicherung bei den Hochschulberechtigten hin, so daß von einer Ambivalenz gegenüber dem Hochschulstudium gesprochen werden kann: Einerseits werden — bedingt durch Zugangsbeschränkungen und verringerte Arbeitsmarktchancen für Hochschulabsolventen — in verstärktem Maße Alternativen zu einem Hochschulstudium nachgefragt und auch realisiert (vgl. unten S. 25 f), zum anderen wird aber nicht ausgeschlossen, daß die erworbene Hochschulberechtigung zu einem späteren Zeitpunkt in eine Nachfrage nach einem Studienplatz umgesetzt wird. Dieses bewußte Offenhalten läßt sich so interpretieren, daß die Anziehungskraft eines Hochschulstudiums bei den Abiturienten und Fachoberschulabsolventen zwar kaum Einbußen erlitten hat, daß aber alter-

native Ausbildungswege zunächst in Konkurrenz zum Studium stehen. Langfristig gesehen kann es jedoch sein, daß die Hochschulberechtigten eine Doppelqualifizierung (z. B. betriebliche Ausbildung und Studium) anstreben, um auf diese Weise einen problemloseren Übergang in das Beschäftigungssystem zu finden.

In der Tabelle 9 sind die nicht studierenden Hochschulberechtigten nach der im Dezember 1977 ausgeübten Tätigkeit und nach der Studienabsicht dargestellt. Dabei bestätigt sich, daß nur ein geringer Teil der Nicht-Studierenden (20,4 %) die Möglichkeit ausschließt, später noch ein Studium aufzunehmen. Für jeden dritten Nicht-Studierenden steht es fest, daß er noch studieren wird. Bei den Wehr- bzw. Zivildienstleistenden liegt der Anteil der Studierwilligen mit 60,5% am höchsten, lediglich jeder 15. hat nicht die Absicht, nach der Ableistung des Wehr- bzw. Zivildienstes zu studieren. Dagegen wissen bereits zwei Fünftel der Laufbahnbewerber im öffentlichen Dienst (39,2 %) , daß für sie auch später kein Studium in Frage kommt. Aber sowohl bei diesen Laufbahnbewerbern, als auch bei den Auszubildenden ist für die Mehrzahl (53,1 bzw. 52,4 %) eine eindeutige Entscheidung pro oder contra Studium noch nicht gefallen. Die vorgelegten Daten zur Studienabsicht von Hochschulberechtigten stimmen nicht mit den Ergebnissen einer ähnlichen Untersuchung durch die HIS GmbH überein, nach der 70,3 % der nicht studierenden Abiturienten und Fachoberschulabsolventen an ihrer Studienabsicht festhalten, während nur 14,3 % nicht mehr studieren wollen.³⁴⁾ Diese Diskrepanz läßt sich wie folgt erklären:

1. Die von HIS vorgelegten Zahlen beziehen sich auf die Studienabsicht der im Dezember 1976 nicht studierenden Hochschulberechtigten. Die Daten der IAB-Untersuchung rekurrieren auf die im Dezember 1977 nicht studierenden Hochschulberechtigten, sind also um diejenigen bereinigt, die im Laufe des Jahres 1977 ein Studium begonnen haben.
2. Die Frage nach der Studienabsicht wurde in den beiden Untersuchungen unterschiedlich formuliert, wobei in der IAB-Befragung eine größere Verbindlichkeit der Absichtserklärung gefordert wurde.³⁵⁾ Es zeigt sich, daß der Anteil der Studierenden, der von HIS mit Hilfe der Studienabsicht für Ende 1977 ermittelt wurde, mit 72 % um 12 Prozentpunkte über der vom IAB festgestellten tatsächlichen Studierquote liegt (59,9%, vgl. Tabelle 8).

34) Vgl. Birk, L. u. a., Abiturienten zwischen Schule, Studium und Beruf — Wirklichkeit und Wünsche, Hochschulplanung Bd. 28, herausgegeben von der Hochschul-Informationssystem (HIS) GmbH, München, New York 1978, S. 15.

35) Die Frageformulierungen in den beiden Erhebungen lauteten:
 IAB: Haben Sie vor, zu einem späteren Zeitpunkt ein Studium an einer Universität/Hochschule oder an einer Fachhochschule zu ergreifen?
) Nein, ich werde voraussichtlich auch später nicht studieren.
) Ja, für mich steht fest, daß ich später noch ein Studium beginne.
) Das kann ich heute noch nicht sagen.
 HIS: Haben Sie seit Dezember 1976 ein Studium aufgenommen oder beabsichtigen Sie dies künftig?
) Ich weiß noch nicht
) nein
) ja
 In der HIS-Untersuchung wurde zusätzlich das Jahr des beabsichtigten Studienbeginns erfragt. Beide Erhebungen fanden im Herbst 1977 statt. Die HIS-Frage wendete sich an die Nichtstudierenden im Dezember 1976, die IAB-Frage sollte von den im Dezember 1977 nichtstudierenden Hochschulberechtigten beantwortet werden.

36) Vgl. Kuratorium, a. a. O., S. 13.

37) Vgl. Berufsbildungsbericht 1977, S. 26.

38) Vgl. Berufsbildungsbericht 1978, S. 70.

Tabelle 9
Die Studienabsicht der 1977 nicht-studierenden Hochschulberechtigten ¹⁾

Art der Tätigkeit im Dezember 1977	Nicht-studierende Hochschulberechtigte					
	Zahl der Fälle		mit Studienabsicht	ohne unent- 2)	Insgesamt	
	abs.	rel.				
Auszubildender	817	29,2	24,4	23,2	52,4	100
Betriebl. Sonderausbildung (z.B. Wirtschaftsassistent)	66	2,4	(16,7)	(34,8)	(48,5)	100
Laufbahnbewerber	235	8,4	7,7	39,2	53,1	100
Berufsfachschüler	322	11,5	23,6	28,6	47,8	100
Erwerbstätiger	683	24,4	39,5	17,2	43,3	100
Wehr-/Zivildienst	357	12,8	60,5	6,7	32,8	100
Sonstige Tätigkeit	316	11,3	42,4	10,8	46,8	100
Insgesamt	2796	100	33,1	20,4	46,5	100

1) Absolventenjahrgang 1976, Bundesrepublik Deutschland ohne Bayern, ohne diejenigen Hochschulberechtigten, die im Wintersemester 1976/77 bereits studierten, im Dezember 1977 aber ihr Studium ab- bzw. unterbrochen haben.

2) Einschließlich ohne Angabe.

3.3 Die Gesamtnachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen

Da in die Absolventenbefragung unterschiedliche Schulentaßjahrgänge einbezogen wurden, läßt sich die Gesamtnachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen im Jahr 1977 nicht durch die Addition der Nachfrage von Absolventen und Abgängern aus Sekundarbereich I und II feststellen. Vielmehr mußte die Nachfrage der Hochschulberechtigten unter verschiedenen Annahmen ermittelt werden (vgl. Fußnote 4 der Tabelle 10). Die Gesamtnachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen ist in Tabelle 10 festgehalten: Die Gesamtzahl der Ausbildungsplatzsuchenden für 1977 betrug demnach 640 000. Diese Zahl liegt erheblich über den Schätzungen des Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft³⁶⁾ und des Berufsbildungsberichtes 1977.³⁷⁾ Zwar wurde im Berufsbildungsbericht 1978 die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen im dualen System um die Zahl 29 000 auf 586 000 nach oben korrigiert,³⁸⁾ jedoch liegt auch diese

Tabelle 10
Die Gesamtnachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen im Jahr 1977 – in Tausend –

	Nachfrage der Absolventen und Abgänger allgemeinbildender Schulen aus dem Sekundarbereich I	Nachfrage der Absolventen beruflicher Vollzeitschulen	Nachfrage der Absolventen des Berufsgrundbildungsjahres	Summe der Spalten 1-3	Nachfrage der Hochschulberechtigten	Insgesamt
	1	2	3	4	5	6
Kuratorium der Deutschen Wirtschaft 1)	424	36	21	481	7	488
Berufsbildungsbericht 1977 2)	487	60		547	10	557
IAB/3-213	479	100 ³⁾		579	61 ⁴⁾	640

1) Vgl. Kuratorium der Deutschen Wirtschaft, a.a.O., S. 12.

2) Vgl. Berufsbildungsbericht 1977, S. 26.

3) Diese Zahl wurde der KMK-Schülerbefragung (a.a.O., S. 1) entnommen.

4) Diese Zahl wurde wie folgt ermittelt: Unter der Annahme, daß die Hochschulberechtigten des Jahres 1977 dasselbe Nachfrageverhalten wie die des Jahres 1976 zeigen, fragen bis 30.9.1977 noch 8,8 v.H. der Absolventen des Jahres 1976 (= 16 500) und 22,1 v.H. der Absolventen des Jahres 1977 (= 44 300) nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz nach.

neue Zahl noch um 54 000 unter der aufgrund der Absolventenbefragung festgestellten Nachfrage. Dieser Unterschied ist so groß, daß er sich nicht durch die — abweichend von den Schätzungen des BMBW und des Kuratoriums — zusätzliche Berücksichtigung der Laufbahnen im öffentlichen Dienst erklären läßt. Zweifellos ist diese Diskrepanz hauptsächlich auf die unterschiedlichen Definitionen der Nachfrage zurückzuführen (vgl. oben Seite 151). Stellt man bei der Nachfrage nach einer betrieblichen Ausbildung jedoch den Wunsch der Jugendlichen in stärkerem Maße in den Vordergrund, dann dürfte die nach der Legaldefinition des APlFG festgestellte Nachfrage tatsächlich zu niedrig angesetzt sein. Gleichzeitig wird damit auch der Ausgleich in der Bilanzierung von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt für das Jahr 1977 in Frage gestellt. Die wesentlichen Unterschiede treten bei der Nachfrage der Absolventen beruflicher Vollzeitschulen sowie bei der Nachfrage der Hochschulberechtigten nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz auf. Insbesondere die Zahl von 61 000 Ausbildungsplatzsuchenden mit Hochschul- bzw. Fachhochschulreife übertrifft die Schätzungen um das sechs- bzw. neunfache. Bei der Größenordnung dieser Nachfrage stellt sich tatsächlich das Problem, inwieweit für diese hohe Zahl an Abiturienten und Fachoberschulabsolventen Ausbildungsplätze im dualen System zur Verfügung gestellt werden können. Da die Wirtschaft selbst nur für 5 % der Studienberechtigten Ausbildungsplätze anbieten wollte³⁹⁾, dürfte sich die Relation von Angebot und Nachfrage auf diesem Teilbereich des Ausbildungsstellenmarktes besonders stark im Ungleichgewicht befinden. Es bleibt allerdings offen, ob diese starke Nachfrage der Abiturienten nach einer beruflichen Ausbildung im dualen System lediglich von der Existenz der Zugangsbeschränkungen zum tertiären Bereich abhängt. Nach der Aufhebung des Numerus clausus bis auf wenige Ausnahmen erscheint ein Rückgang der Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen bei den Studienberechtigten zumindest naheliegend.

Bei dieser Darstellung der Gesamtnachfrage sind die unversorgten Ausbildungsplatzsuchenden des Vorjahres unberücksichtigt geblieben. Da dieser Personenkreis aber

ebenfalls — zumindest teilweise — als Nachfrager auf dem Ausbildungsstellenmarkt auftritt, dürfte die Zahl von 640 000 Ausbildungsplatzsuchenden noch zu niedrig angesetzt sein. Rein quantitativ gesehen hat demnach das Angebot von 584 327 betrieblichen Ausbildungsplätzen⁴⁰⁾ für die Befriedigung der Ausbildungswünsche der Jugendlichen nicht ausgereicht. Die Frage, inwieweit sich einzelne Jugendliche trotz fehlender Eignung um einen Ausbildungsplatz bemühen, bleibt dabei unberücksichtigt. Allerdings wäre hier nochmals auf das verwendete Nachfragekonzept hinzuweisen, das qualitative Aspekte bei der Ausbildungsplatzsuche — wie z. B. Verbindlichkeit, Intensität oder Flexibilität der Nachfrage — unberücksichtigt läßt.

4. Der Status der Absolventen und Abgänger allgemeinbildender Schulen

Mit einer „Kernfrage“ in jedem der Erhebungsbogen für die vier Teilgruppen wurde bei den Absolventen und Abgängern allgemeinbildender Schulen festgestellt, was diese Jugendlichen als *nächsten Schritt* nach Verlassen der Schule in bezug auf ihre Berufsausbildung bzw. Erwerbstätigkeit getan haben. Zieldimension dieser Frage war demnach der Status zu einem bestimmten Zeitpunkt, hier der Zeitpunkt nach vollzogenem Übergang über die „Schwelle“ von der allgemeinbildenden Schule in eine Berufsausbildung bzw. Erwerbstätigkeit. Aufgrund der Antworten der Befragten läßt sich einmal das Übergangsverhalten der Jugendlichen beschreiben und zum anderen können Aussagen über die Realisierung der Nachfrage nach einem beruflichen Ausbildungsplatz getroffen werden. Mit Hilfe von entsprechenden Übergangs- bzw. Realisierungsquoten wird die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt, insbesondere die Gegenüberstellung von Angebot und Nachfrage dargestellt.

4.1 Übergangsquoten in die Berufsausbildung bzw. Erwerbstätigkeit

Die Übergangsquoten geben an, welcher Anteil der Absolventen und Abgänger eines Schuljahres in die verschiedenen Formen einer beruflichen Vor-/Erstqualifizierung, in weiterführende allgemeinbildende Schulen, in eine Erwerbstätigkeit oder sonstige Status übergewechselt ist.

39) Vgl. Kuratorium a. a. O., S. 13.

40) Vgl. Berufsbildungsbericht 1978, S. 70.

4.11 Absolventen und Abgänger aus dem Sekundarbereich I

In der Tabelle 11 ist der Übergang von Absolventen und Abgängern aus dem Sekundarbereich I in die Berufsausbildung bzw. Erwerbstätigkeit nach Schulart und Geschlecht dargestellt.

Die dominierende Bedeutung der *dualen Ausbildung* belegen die Übergangsquoten in den Status als Auszubildender: Mit Ausnahme der Sonderschüler stellen die Auszubildenden unter den Absolventen und Abgängern des Sekundarbereiches I den höchsten Anteil. Bei diesen Übergangsquoten in eine betriebliche Berufsausbildung zeigen sich erhebliche Unterschiede je nach Schulart bzw. -abschluß und nach Geschlecht: Etwa jeder fünfte Sonderschüler, ein knappes Drittel der Hauptschulabgänger ohne Abschluß sowie etwa 50 % der Hauptschul- und Realschulabsolventen beginnen eine Berufsausbildung im dualen System. Über alle Schularten hinweg besteht die Tendenz, daß weibliche Absolventen und Abgänger aus dem Sekundarbereich I seltener einen betrieblichen Ausbildungsplatz einnehmen als männliche Jugendliche. Das Merkmal Geschlecht beeinflußt dabei den Übergang der Jugendlichen — analog zum Nachfrageverhalten — in stärkerem Maße als die Schulart bzw. der Schulabschluß. Entsprechend sind die höchsten Übergangsquoten in das duale System bei den männlichen Hauptschul- und Realschulabsolventen (62,7 bzw. 56,8 %) festzustellen, während weibliche Sonderschüler und Hauptschulabgänger ohne Abschluß die niedrigsten Übergangsquoten aufweisen. Männliche Hauptschulabgänger *ohne* Abschluß münden etwa ebenso häufig wie die weiblichen Hauptschulabsolventen *mit* Abschluß in eine betriebliche Ausbildung

ein. Damit zeigt sich deutlich, daß die berufliche Qualifizierung der weiblichen Jugendlichen weiterhin von geringeren Einmündungschancen in eine betriebliche Berufsausbildung bestimmt wird (vgl. Fußnote 13). Die Tatsache, daß fast jeder fünfte Sonderschüler (18,9%) in direktem Anschluß an die Schulentlassung einen Ausbildungsplatz im Dualsystem erhalten hat, spricht gegen die pauschale Aussage, daß Sonderschüler für die Ausbildung im dualen System nicht genügend vorbereitet sind und mit besonderen Bildungsgängen bzw. Maßnahmen zur Ausbildungsreife geführt werden müssen.⁴¹⁾ Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß für Sonderschüler nur eine schmale Einmündungsskala in bestimmte Ausbildungsberufe besteht, und daß auch die verstärkte finanzielle Förderung durch Ausbildungszuschüsse an Arbeitgeber nach § 60 AFG und aus Sonderprogrammen einzelner Bundesländer zu dieser Übergangsquote beigetragen haben.⁴²⁾

Laufbahnen im öffentlichen Dienst sind lediglich bei den Absolventen mit Mittlerer Reife von Bedeutung (Übergangsquote: 4,5 %). Auch hier zeigen sich starke geschlechtsspezifische Unterschiede, die auf eine Chancenminderung bei weiblichen Jugendlichen hinweisen. Ein *Praktikum* absolvieren 2,7 % der Abgänger und Absolventen aus der Realschule, wobei ehemalige Schülerinnen überproportional vertreten sind. Da von zahlreichen Berufsfachschulen, insbesondere im sozialen Bereich, eine praktische Tätigkeit als Zugangsvoraussetzung gefordert wird, ist der zukünftige Ausbildungsweg dieses Personenkreises vorgezeichnet.

Beim Übergang in eine *Berufsfachschule* sind weibliche Absolventen und Abgänger überrepräsentiert, so daß sich eine komplementäre Beziehung zwischen betrieblicher und schulischer Berufsausbildung feststellen läßt: Faßt man die Auszubildenden und die Berufsfachschüler zu-

41) Vgl. Kuratorium....., a. a. O., S. 11.

42) Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.), Ergebnisse, a. a. O., S. 37.

Tabelle 11
Der Übergang von Absolventen und Abgängern aus dem Sekundarbereich I in die Berufsausbildung bzw. Erwerbstätigkeit nach Schulart und Geschlecht (in Prozent).

Ausbildung/ Tätigkeit	Absolventen und Abgänger aus dem Sekundarbereich I (Schuljahr 1976/77)											
	Sonderschüler ¹⁾ aus der 9. Klasse			Hauptschulabgänger aus der 7., 8. und 9. Klasse (ohne Abschluß)			Hauptschulabsolventen (mit Abschluß)			Abgänger und Absolventen aus der 10. Klasse Realschule ²⁾		
	inges.	männl.	weibl.	inges.	männl.	weibl.	inges.	männl.	weibl.	inges.	männl.	weibl.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Auszubildender	18,9	29,9	/	31,0	37,7	20,6	50,7	62,7	38,8	50,6	56,8	45,5
Laufbahnbewerber im öffentlichen Dienst	-	-	-	-	-	-	0,5	0,8	/	4,5	7,3	2,2
Praktikant	/	/	/	-	-	-	-	-	/	2,7	0,4	4,7
Schüler einer Berufsfachschule	5,4	/	10,8	4,5	3,1	6,7	22,5	13,2	31,7	13,7	7,2	18,9
Schüler im Berufsgrundbildungsjahr, Berufsgrundschuljahr, beruflichen Vorbereitungsjahr	25,3	24,7	26,1	24,7	26,0	22,7	7,5	7,5	7,4	2,7	1,6	3,7
Teilnehmer an außerschulischen berufs- vorbereitenden Maßnahmen	9,8	9,1	10,8	4,5	5,4	3,1	0,3	/	0,4	/	/	/
Schüler einer Fachoberschule etc.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7,7	9,4	6,4
Schüler einer allgemeinbildenden Schule	18,4	16,5	21,0	7,3	5,8	9,8	13,2	12,4	14,0	10,2	11,1	9,5
Erwerbstätiger	10,6	9,5	11,9	15,5	12,8	19,6	2,2	1,0	3,3	2,7	1,9	3,3
Im Haushalt der Eltern	/	/	/	5,0	1,8	10,1	0,9	/	1,5	0,7	/	1,1
Sonstiges ³⁾	/	/	/	2,3	2,0	2,8	0,2	/	/	0,3	0,3	0,2
Ohne Angabe	7,9	6,5	9,7	5,1	5,4	4,6	2,0	1,7	2,4	4,1	3,7	4,4
Summe (Abweichungen durch Rundung)	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
n - absolut	407	231	176	996	608	388	6380	3180	3200	9047	4049	4998

1) Sonderschule für Lernbehinderte.

2) Der Anteil der Abgänger ohne Mittlere Reife beträgt 3 v.H.

3) z.B. arbeitslos, Aushilfstätigkeit, im Ausland.

sammen, dann verringern sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede in den Übergangsquoten bzw. heben sich bei den Realschülern sogar auf. Daraus wird deutlich, daß sich die Angebotsstruktur der Berufsfachschulen in starkem Maße an für weibliche Jugendliche typischen Ausbildungsberufen orientiert. Es zeigt sich, daß die schulische Ausbildungsalternative größtenteils von Hauptschülern mit Abschluß und von Realschülern genutzt wird (Übergangsquoten: 22,5 bzw. 13,7%). Bei ehemaligen Sonderschülern bzw. Hauptschulabgängern ohne Abschluß kommt der Berufsfachschule wegen der Zugangsvoraussetzungen nur eine geringe Bedeutung zu. Hier wird vielmehr das *Berufsgrundbildungsjahr* (Berufsgrundschuljahr, berufliches Vorbereitungsjahr) für eine berufliche (Vor-) Qualifizierung genutzt: Ein Viertel dieser beiden Teilgruppen ist Schüler dieser einjährigen Berufsausbildungsform. Eine Differenzierung des Berufsgrundbildungsjahres in eine schulische und eine kooperative Form war aus erhebungstechnischen Gründen nicht möglich. Für die ehemaligen Schüler der Sonderschule für Lernbehinderte ist auch der Übergang in außerschulische berufsvorbereitende Maßnahmen eine Möglichkeit, eine berufliche Vorqualifizierung zu erhalten: 9,8 % dieser Teilgruppe nimmt an Förderungslehrgängen o. ä. teil. Auch bei den Hauptschulabgängern ohne Abschluß münden 4,5 % in eine derartige Maßnahme ein. Der relativ hohe Anteil der Hauptschüler und Realschüler, die im *allgemeinbildenden Schulsystem* verbleiben bzw. auf eine Fachoberschule überwechseln, deutet auf eine weiterhin starke Nachfrage nach einem höheren Schulabschluß hin. Die entsprechenden Übergangsquoten bei den Sonderschülern und Hauptschulabgängern belegen, daß dieser Personenkreis zumindest den Hauptschulabschluß erreichen möchte. Die Tatsache, daß — mit Ausnahme der Realschüler — weibliche Jugendliche häufiger im allgemeinbildenden Schulsystem verbleiben, läßt im Zusammenhang mit den geschlechtsspezifischen Unterschieden bei den Übergangsquoten in eine duale Ausbildung vermuten, daß Mädchen eine im Vergleich zu männlichen Jugendlichen höhere schulische Qualifikation anstreben (müssen), um auf dem Ausbildungsstellenmarkt als gleichwertige Mitbewerber auftreten zu können. Bei den Übergangsquoten in die *Erwerbstätigkeit* bestätigt sich, daß Hauptschulabgänger ohne Abschluß besonders häufig ohne berufliche Qualifizierung bleiben. Hauptschul- bzw. Realschulabsolventen münden dagegen relativ selten direkt in die Erwerbstätigkeit ein. Über alle Schularten bzw. -abschlüsse hinweg sind es wiederum weibliche Jugendliche, die zu einem größeren Anteil ohne berufliche Ausbildung ins Erwerbsleben eintreten als ihre männlichen Altersgenossen. Noch deutlicher werden diese geschlechtsspezifischen Unterschiede beim Übergang in eine Tätigkeit, die keine weitere Qualifizierung beinhaltet, wenn der Anteil der Jugendlichen berücksichtigt wird, der im Haushalt der Eltern verbleibt, weil er weder einen Ausbildungs- noch einen Arbeitsplatz erhalten hat.

Gerade bei der Teilgruppe der Hauptschulabgänger ohne Abschluß zeigt sich dann, daß der Anteil der weiblichen Jugendlichen, die erwerbstätig sind oder im Haushalt der Eltern bleiben, um 15 Prozentpunkte über dem der männlichen Jugendlichen liegt (29,7 zu 14,6 %). Besonders anschaulich wirkt auch ein Vergleich der (hochgerechneten) absoluten Zahlen: Unter den etwa 4000 Hauptschulabgängern ohne Abschluß, die nicht in einer beruflichen Ausbildung stehen und nicht erwerbstätig sind, sondern im Haushalt der Eltern verbleiben, befinden sich 3200 weibliche Jugendliche.

Die Kategorie „Sonstiges“ — hier sind Jugendliche zusammengefaßt, die sich als arbeitslos bezeichneten, Gelegenheitstätigkeiten ausübten, eine Wartezeit überbrückten — erreicht nur eine geringe Größenordnung. Erstmals können jedoch vom IAB aufgrund dieser Daten Aussagen zur „verdeckten Arbeitslosigkeit“ getroffen werden. Insgesamt sind es etwa 17000 Jugendliche, die 1977 weder in einen Ausbildungs- oder einen Arbeitsplatz einmündeten, noch eine weitere schulische Qualifikation anstrebten und sich nicht als arbeitslos bezeichneten. Es zeigt sich jedoch nicht, daß diese verdeckt arbeitslosen Jugendlichen resignieren und keine Anstrengungen mehr unternehmen, doch noch einen Platz im Ausbildungssystem zu erhalten⁴³⁾, denn mehr als zwei Drittel dieses Personenkreises (70 %) gab ca. fünf Monate nach der Schulentlassung an, daß sie sich weiterhin um einen Platz für die berufliche Ausbildung bemühen. Allerdings bleibt offen, ob diese verdeckt arbeitslosen Jugendlichen nach einer längeren Zeit vergeblicher Anstrengungen doch noch resignieren.

4.12 Absolventen aus dem Sekundarbereich II

Das Übergangsverhalten von Abiturienten und Absolventen von Fachoberschulen wird maßgeblich von der Beantwortung der folgenden zwei Fragestellungen geprägt:

1. Wird ein Studium an einer Hochschule oder Fachhochschule angestrebt?
2. Falls ja, wird dieses Studium in direktem Anschluß an den Erwerb der Zugangsberechtigung zu einer Hochschule oder Fachhochschule aufgenommen?

Vor allem die Entscheidung über den sofortigen bzw. verzögerten Studienbeginn ist von zahlreichen Faktoren abhängig, die häufig vom Entscheidenden selbst nicht beeinflusst werden können (z. B. Zugangsvoraussetzungen wie Numerus clausus oder Pflichtpraktika, Einberufung zum Wehrdienst etc.). Es ist daher vor auszusehen, daß die für den Dezember 1976 festgestellten Übergangsquoten (vgl. Tabelle 12) noch erheblichen Veränderungen unterliegen. Etwa 40 % des Abiturientenjahrganges 1976 haben noch im Jahr der Schulentlassung ein *Studium* aufgenommen.⁴⁴⁾ Während sich jede zweite weibliche Hochschulberechtigte (50,2%) in direktem Anschluß an einer Hochschule bzw. Fachhochschule immatrikulierte, war es nur jeder dritte männliche Hochschulberechtigte (32,4 %). Diese geschlechtsspezifischen Unterschiede beim Studienbeginn zeigen sich jedoch nicht bei den Absolventen mit Fachhochschulreife, was einmal auf die von vornherein geringere Studienabsicht der weiblichen Fachoberschulabsolventen zurückzuführen ist (vgl. oben Tabelle 8) und zum anderen am geringeren Anteil der Wehr- bzw. Zivildienstleistenden bei den männlichen Fachoberschulabsolventen liegt (32,5 zu 41,8 Prozent, vgl. Spalten 5 und 8 der Tabelle 12).

43) Dies wurde vom Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) angenommen (vgl. Der Spiegel, 10/1978, S. 52 ff).

44) Die bereits erwähnte HIS-Untersuchung kommt zu einer Übergangsquote in den tertiären Bereich von 43,8% für den Dezember 1976. Da beide Untersuchungen den Anspruch auf Repräsentativität erheben, läßt sich die Differenz von vier Prozentpunkten nicht erklären. Auch der Hinweis auf die Unterschiede in den Rücklaufquoten (Adressenrücklaufquote von Schulen: HIS 56%, IAB 99%; Rücklaufquote der Erhebungsbogen: HIS 33%; IAB 78%) bringt keine endgültige Klarheit, da einerseits die mündliche Nachbefragung von Nichtantwortern der HIS-Studie keine wesentlichen Unterschiede zur schriftlichen Hauptbefragung ergab, und da andererseits bei der IAB-Untersuchung zwar keine Nachbefragung stattfand, aber aufgrund der hohen Rücklaufquote selbst bei unterschiedlichen Strukturen zwischen Antwortern und Nichtantwortern lediglich minimale Korrekturen notwendig wären.

Tabelle 12:
Der Übergang von Abiturienten und Absolventen aus Fachoberschulen in die Berufsausbildung bzw. Erwerbstätigkeit nach Art der Hochschulreife und Geschlecht (in Prozent)

Ausbildung/ Tätigkeit	Abschluß im Schuljahr 1975/76 ¹⁾ Status im Dezember 1976									Abschluß im Schuljahr 1976/77 ²⁾ Status im Dezember 1977								
	alle Hochschulberechtigten			mit Hochschulreife			mit Fachhochschulreife			alle Hochschulberechtigten			mit Hochschulreife			mit Fachhochschulreife		
	insg.	m	w	insg.	m	w	insg.	m	w	insg.	m	w	insg.	m	w	insg.	m	w
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Studierender	39,7	32,4	50,2	40,3	30,3	51,9	37,3	37,4	36,6	41,0	33,1	54,5	40,4	30,0	57,3	41,7	36,9	50,7
Auszubildender (einschl. betriebliche Sonderausbildung)	8,5	5,6	12,6	9,2	6,0	12,8	6,0	4,6	11,4	7,1	4,8	11,0	6,9	3,9	11,7	7,3	5,8	10,0
Laufbahnbewerber im öffentlichen Dienst	2,1	1,5	2,8	2,3	1,8	2,9	1,1	0,8	/	2,6	2,1	3,5	2,3	/	3,2	3,0	2,6	/
Praktikant	3,7	1,6	6,9	4,2	1,8	6,9	2,2	1,0	6,6	1,3	/	3,3	1,8	/	4,4	/	-	/
Schüler einer Berufsfachschule	3,2	0,5	7,2	3,7	0,5	7,3	1,5	/	6,0	4,6	/	11,4	4,9	/	11,7	4,3	/	10,9
Schüler einer allgemeinbildenden Schule	0,9	1,2	0,6	-	-	-	4,3	4,1	4,9	/	/	/	-	-	-	/	/	/
Wehr/Zivil- dienstleistender	23,0	39,1	-	22,4	41,8	-	25,5	32,5	-	28,9	45,7	-	32,9	53,1	-	23,9	36,7	-
Erwerbstätiger	11,3	12,4	9,8	10,4	12,0	8,6	14,7	13,5	19,1	9,7	10,1	9,0	6,8	7,0	6,3	13,4	13,8	12,7
Arbeitslos ³⁾	2,1	1,7	2,6	1,8	1,5	2,2	3,0	2,3	5,4	0,7	/	/	/	/	/	0,9	0,7	/
Sonstiges ⁴⁾	2,3	1,3	3,7	2,7	1,6	3,9	1,0	/	/	1,8	/	3,7	2,1	/	3,5	1,5	/	/
Ohne Angabe	3,2	2,8	3,8	3,1	2,7	3,5	3,5	3,0	5,4	2,1	2,1	2,0	1,6	2,0	/	2,7	2,3	/
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
n-absolut	7.509	4.421	3.088	5.885	3.147	2.738	1.624	1.274	350	1.487	942	545	830	514	316	657	428	229

1) Bundesrepublik Deutschland ohne Bayern.
 2) Nur Bayern.

3) Nicht im Sinne der amtlichen Definition der Bundesanstalt für Arbeit.
 4) z.B. im Ausland, Wartezeit überbrücken, usw.

8,5 % der Hochschulberechtigten haben im Dezember 1976 einen *betrieblichen Ausbildungsplatz* eingenommen. Ein Jahr später, im Dezember 1977, stehen sogar 12 % der Abiturienten und Absolventen von Fachoberschulen des Entlaßjahrgangs 1976 in einer dualen Ausbildung (einschließlich betrieblichen Sonderausbildungen, ohne Laufbahnen im öffentlichen Dienst). Hochgerechnet sind dies 24 000 Ausbildungsplätze, die von Studienberechtigten eingenommen werden. Diese Übergangsquote liegt weit über den bisherigen Schätzungen und zeigt, daß die hohe Nachfragequote nicht nur aus Optionen oder strategischen Erwägungen resultiert.

Auch hier lassen sich große geschlechtsspezifische Unterschiede feststellen: Jede achte weibliche Hochschulberechtigte (12,6%) hat eine berufliche Ausbildung im dualen System begonnen, dagegen waren es nur 5,6 % der männlichen Abiturienten und Fachoberschulabsolventen. Die Art der Hochschulreife beeinflusst ebenfalls die Entscheidung für eine betriebliche Berufsausbildung: Absolventen mit allgemeiner bzw. fachgebundener Hochschulreife münden häufiger in das duale System ein als Absolventen mit Fachhochschulreife (9,2 zu 6,0 %). Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den *Laufbahnbewerbern im öffentlichen Dienst*. Diese Form des Übergangs wird von 2,1 % der Hochschulberechtigten eingeschlagen, wobei weibliche Hochschulberechtigte sowie Absolventen mit allgemeiner oder fachgebundener Hochschulreife überproportional vertreten sind. Diese insgesamt 4 000 Beamtenanwärter (hochgerechnet) sind nicht als grundsätzlich Studienverzichter anzusehen, da sich ein Teil dieser Laufbahnbewerber die Möglichkeit eines späteren Studiums offen hält (vgl. oben Tabelle 9) bzw. im Rahmen ihrer Ausbildung ein Studium absolviert. Die Ableistung eines

Praktikums ist sowohl für den Besuch einiger Berufsfachschulen als auch für einige Studiengänge — hauptsächlich im sozialen Bereich — Voraussetzung. 3,7 v. H. der Hochschulberechtigten haben daher zunächst eine praktische Tätigkeit aufgenommen, die als Vorbereitung für die weitere Berufsausbildung dient. Weibliche Abiturienten und Fachoberschulabsolventen absolvieren dabei mehr als viermal so häufig ein Praktikum wie männliche Hochschulberechtigte (6,9 zu 1,6 %).

Auch die schulische Berufsausbildung wird fast nur von weiblichen Hochschulberechtigten gewählt: 7,2 % wechseln in eine *Berufsfachschule* über, während die Übergangsquote bei den männlichen Hochschulberechtigten lediglich 0,5 % beträgt.

Schüler einer allgemeinbildenden Schule waren im Dezember 1976 4,3 % der Absolventen von Fachoberschulen, die zusätzlich zur Fachhochschulreife auch die Zugangsberechtigung zu einer wissenschaftlichen Hochschule erwerben wollen.

Ein knappes Viertel aller Hochschulberechtigten (23 %) befand sich im *Wehr- oder Zivildienst*. Bei dieser Teilgruppe verzögert sich der „nächste Schritt“ in eine Berufsausbildung bzw. Erwerbstätigkeit um 15 bzw. 18 Monate.

Ein im Vergleich zu den Absolventen aus dem Sekundarbereich I relativ hoher Anteil der Hochschulberechtigten mündet direkt in die Erwerbstätigkeit ein (11,3%). Bei dieser Übergangsquote ist jedoch zu berücksichtigen, daß

- bei den männlichen Hochschulberechtigten auch Zeit- und Berufssoldaten enthalten sind;
- ein Teil der Absolventen mit Fachhochschulreife bereits eine abgeschlossene Berufsausbildung besitzt;

— durch eine kurzfristige Erwerbstätigkeit zeitliche Lücken (z. B. bis zum Studienbeginn oder bis zur Einberufung zum Wehrdienst) überbrückt werden.

2,1 % der Abiturienten und Fachoberschulabsolventen bezeichnen sich ca. sechs Monate nach Verlassen der Schule als *arbeitslos*. Da nicht sichergestellt ist, ob hier Arbeitslosigkeit i. S. der Definition der Bundesanstalt für Arbeit vorliegt, dürfte diese Arbeitslosenquote leicht überhöht sein. Bedenklich erscheint jedoch die Tatsache, daß sich weibliche Hochschulberechtigte häufiger als arbeitslos bezeichnen als ihre männlichen Kollegen. Die übrigen Hochschulberechtigten (5,5 %) reisten zu Sprachstudien ins Ausland, übten Gelegenheitsarbeiten aus, warteten auf einen Studien- oder Ausbildungsplatz oder machten keine Angaben zu ihrem Verbleib.

Diese Übergangsstruktur der Abiturienten und Absolventen von Fachoberschulen des Jahrgangs 1976 zeigt sich mit nur geringfügigen Abweichungen auch für die Absolventen aus dem Sekundarbereich II des Jahrgangs 1977. Diese Ergebnisse beziehen sich jedoch nur auf Bayern und können wegen der oben beschriebenen Verfahrensvariante bei der Adressenerhebung nur mit Einschränkungen als repräsentativ gelten. Insgesamt ist zu vermuten, daß die Verteilung auf die einzelnen Ausbildungsformen bzw. Tätigkeiten noch erheblichen Veränderungen unterliegt. Da in der Absolventenbefragung auch der (voraussichtliche) Status im Dezember 1977 erhoben wurde, können Aussagen über die Zu- bzw. Abströme zwischen den einzelnen Kategorien im ersten Jahr nach Verlassen der Schule getroffen werden. Diese Veränderungen im Status zwischen zwei Zeitpunkten führen zu dem Problem, daß punktuelle und erweiterte, auf einen Zeitraum bezogene Übergangsquoten unterschieden werden müssen: Die punktuelle Übergangsquote gibt an, welcher Anteil einer Personengruppe zum Zeitpunkt t_1 oder t_2 einen bestimmten Status, z. B. Studierender, hat. Die erweiterte Übergangsquote berücksichtigt dagegen

alle Personen, die irgendwann zwischen den Zeitpunkten t_1 und t_2 den betreffenden Status eingenommen, aber zum Zeitpunkt t_2 selbst bereits wieder einen Statuswechsel vollzogen haben. Mit Ausnahme der Tabelle 16 sind für die Hochschulberechtigten punktuelle Übergangsquoten ermittelt worden.

Die Zahlen in der Diagonalen (von links oben nach rechts unten) der Tabelle 13 geben an, wie hoch der Anteil derjenigen Abiturienten und Fachoberschulabsolventen ist, die im Dezember 1976 und im Dezember 1977 denselben Status aufweisen. Danach besuchten 89,4 % der männlichen und 95,6 % der weiblichen Hochschulberechtigten, die im Wintersemester 1976/77 ein Studium aufgenommen hatten, auch ein Jahr später noch eine (Fach-) Hochschule. 10,6 % der männlichen Studierenden vom Dezember 1976 haben das Studium ab- bzw. unterbrochen, was hauptsächlich auf die Einberufung zum Wehr- bzw. Zivildienst zurückzuführen ist. Weibliche Studierende verlassen die Hochschule oder Fachhochschule weniger häufig (4,4 %) und wechseln dann hauptsächlich in eine betriebliche oder schulische Berufsausbildung über. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Auszubildenden: Auch hier können 4,1 % der männlichen Auszubildenden aufgrund des Wehr- bzw. Zivildienstes ihre begonnene betriebliche Ausbildung nicht zu Ende führen. Für 2,8 % der weiblichen Auszubildenden war dagegen die begonnene betriebliche Ausbildung lediglich eine Zwischenlösung bis zur Aufnahme eines Studiums. Bei den Laufbahnbewerbern im öffentlichen Dienst sind die Fallzahlen zu gering, um prozessuale Veränderungen interpretieren zu können.

Das Praktikum wird meist als Vorstufe für ein Studium angesehen: Über die Hälfte der Hochschulberechtigten, die im Dezember 1976 ein Praktikum ableisteten, ist inzwischen in den tertiären Bereich eingemündet. Für ein Fünftel der weiblichen Praktikanten (20,3 %) diente die praktische Tätigkeit allerdings zur Vorbereitung des Be-

Tabelle 13
Status der Abiturienten und Absolventen von Fachoberschulen 1976 (= Jahr der Schulentlassung)
und 1977 nach Geschlecht (Abstrom)

Status 1977	Studierender	Auszubildender		Laufbahnbewer.		Praktikant		Berufsfach-		Erwerbs-		Wehr-/Zivil-		Sonstiges	Σ 1976			
		m	w	betriebl.	Sond.	m	w	m	w	m	w	m	w		abs.	rel.		
Status 1976	m	89,4	0,8	/	/	-	-	-	-	1,6	6,6	1,1	1430	100				
	w	95,6	1,2	/	/	-	-	1,5	/	/	-	0,7	1549	100				
Auszubild./betriebl.Sonderausb.	m	/	86,2	-	-	-	-	/	/	/	4,1	/	247	100				
	w	2,8	91,3	-	-	-	-	/	/	/	-	3,6	390	100				
Laufbahnwerb. (öffentl. Dienst)	m	/	-	(88,2)	-	-	-	/	/	/	/	-	68	100				
	w	/	-	(93,0)	-	-	-	/	/	-	-	-	86	100				
Praktikant	m	58,0	/	-	/	-	-	/	/	/	17,4	/	69	100				
	w	56,1	/	-	7,6	-	-	20,3	/	6,1	-	5,7	212	100				
Berufsfachschüler	m	/	-	/	-	-	(60,0)	/	/	/	-	/	20	100				
	w	9,1	6,3	/	/	/	/	70,6	/	9,5	-	/	221	100				
Erwerbstätiger	m	20,8	3,7	/	/	/	/	/	57,7	13,3	2,2	548	100					
	w	35,3	13,2	/	/	/	/	12,2	32,7	-	3,3	303	100					
Wehr-/Zivildienstleist.	m	60,1	7,5	3,2	2,7	0,9	9,9	11,6	4,1	1730	100							
	w	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-				
Sonstiges	m	41,4	11,0	/	/	/	/	8,1	17,8	16,2	309	100						
	w	45,6	16,5	3,1	/	/	/	11,6	7,0	-	15,3	327	100					
Σ 1977	abs.	2612	1891	412	492	135	100	60	31	42	302	552	168	450	-	158	104	7509
	rel.	59,1	61,2	9,3	15,9	3,1	3,2	1,4	1,0	1,0	9,8	12,5*	5,4	10,2	-	3,6	3,4	100

suchs einer Berufsfachschule, während weitere 6,1 v. H. keine weitere Ausbildung an das Praktikum anschließen, sondern direkt in eine Erwerbstätigkeit einmündeten. Ein knappes Drittel (29,4 %) der weiblichen Hochschulberechtigten, die im Dezember 1976 eine Berufsfachschule besucht haben, hat ein Jahr später diese Schule wieder verlassen: Dieser Personenkreis hat entweder eine Erwerbstätigkeit aufgenommen (9,5 %), oder ein Studium begonnen (9,1 %) oder ist von der schulischen in eine betriebliche Berufsausbildung übergewechselt (6,3 %). Besonders die beiden letzten Zahlen deuten darauf hin, daß der Besuch einer Berufsfachschule häufig als eine Zwischenlösung betrachtet wird, die den Zeitraum bis zur Realisierung des eigentlichen Ausbildungswunsches überbrückt.

Für einen großen Teil der im Dezember 1976 erwerbstätigen Hochschulberechtigten war der Verbleib im Beschäftigungssystem nur kurzfristig geplant: 20,8 % der männlichen und 35,3 % der weiblichen Erwerbstätigen haben ein Jahr später ein Studium begonnen; auch bis zum Erhalt eines betrieblichen oder schulischen Ausbildungsplatzes oder bis zum Beginn des Wehr- oder Zivildienstes hatten die Abiturienten und Fachoberschulabsolventen eine befristete Erwerbstätigkeit aufgenommen. In diesem Verhalten, das eine Verzögerung in der beruflichen Ausbildung bewußt in Kauf nimmt, spiegeln sich deutlich die Zugangsbeschränkungen zum tertiären Bereich und die Engpässe auf dem Ausbildungsstellenmarkt wider.

Das Übergangsverhalten von Wehrpflichtigen und Zivildienstleistenden läßt sich ebenfalls aus Tabelle 13 entnehmen:

- 11,6% der Hochschulberechtigten, die im Dezember 1976 den Wehr- bzw. Zivildienst ableisteten, haben ihre Dienstzeit ein Jahr später noch nicht beendet;
- 60,1 % der Wehr- bzw. Zivildienstleistenden haben ein Studium aufgenommen;

- 7,5 % haben eine berufliche Ausbildung im dualen System begonnen;
- 3,2 % wurden Laufbahnbewerber im öffentlichen Dienst;
- 2,7 % haben ein Praktikum begonnen;
- 0,9 % nahmen eine schulische Berufsausbildung an einer Berufsfachschule auf;
- 9,9 % mündeten direkt in die Erwerbstätigkeit ein, u. a. auch als Zeit- oder Berufssoldat;
- 4,1% fallen schließlich unter die Kategorie „Sonstiges“, d. h. sie nahmen Gelegenheitstätigkeiten wahr, führen ins Ausland, waren arbeitslos etc.

Damit unterscheiden sich die Hochschulberechtigten, die den Wehr- oder Zivildienst abgeleistet haben, in ihrem Status kaum von allen männlichen Hochschulberechtigten, die direkt nach Verlassen der Schule in eine Ausbildung bzw. Erwerbstätigkeit eingemündet sind. Nicht ganz die Hälfte der Hochschulberechtigten, die für Dezember 1976 in die Kategorie „Sonstiges“ eingestuft wurden, haben ein Jahr später ein Studium aufgenommen. Weitere Abströme in eine betriebliche oder schulische Berufsausbildung, aber auch in die Erwerbstätigkeit bzw. zum Wehr-/Zivildienst sind festzustellen, so daß sich diese Restgruppe für 1977 sehr stark verringert. In der Tabelle 14 werden die Statusveränderungen zwischen Dezember 1976 und Dezember 1977 aus der Sicht des letzten Zeitpunktes dargestellt. Die Frage lautet demnach, aus welchen Gruppen sich die Studierenden, Auszubildenden usw. des Jahres 1977 rekrutieren. Die Ergebnisse der Tabelle 13 werden dabei lediglich ergänzt. Die quantitativ stärksten Zuströme erfolgen durch ehemalige Wehrdienst- bzw. Zivildienstleistende, kurzfristig Erwerbstätige sowie unter „Sonstiges“ eingestufte Hochschulberechtigte. Die Größenordnung dieser Zuströme charakterisiert die zahlreichen Mobilitätsvorgänge, die innerhalb eines Jahres nach Erwerb der Studienberechtigung stattfinden.

Tabelle 14
Status der Abiturienten und Absolventen von Fachoberschulen 1976 (= Jahr der Schulentlassung) und 1977 nach Geschlecht (Zustrom)

Status 1977	Studierender		Auszubildender betriebl. Sond.		Laufbahnbew. (öffentl. Dienst.)		Praktikant		Berufsfach- schüler		Erwerbs- tätiger		Wehr-/Zivil- dienstleist.		Sonstiges		Σ 1976		
	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	abs.	rel.	
Studierender	m	49,0	2,9	/	/	/	-	-	-	4,2	21,1	9,5	1430	32,4					
	w	78,3	3,9	/	/	/	-	-	7,6	/	-	10,6	1549	50,2					
Auszubild./be- triebl. Sonderausb.	m	/	51,7	-	-	/	/	2,2	/	247	5,6								
	w	0,6	72,4	-	-	/	/	-	13,7	390	12,6								
Laufbahnbew. (öffentl. Dienst)	m	/	-	44,4	-	-	/	/	68	1,5									
	w	/	-	80,0	-	-	/	/	86	2,8									
Praktikant	m	1,5	/	-	/	/	69	1,6											
	w	6,3	/	-	(51,6)	/	/	212	6,9										
Berufs- fachschüler	m	/	-	/	-	(28,6)	/	-	/	20	0,5								
	w	1,1	2,9	/	/	51,7	12,5	/	/	221	7,2								
Erwerbstätiger	m	4,4	4,9	/	/	/	57,3	16,2	7,6	548	12,4								
	w	5,7	8,1	/	/	12,3	58,9	-	9,6	-	-								
Wehr-/Zivil- dienstleist.	m	39,8	31,6	41,5	(78,3)	(38,1)	31,0	44,7	44,3	1730	39,1								
	w	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-								
Sonstiges	m	4,9	8,3	/	/	/	4,5	12,2	31,7	309	7,0								
	w	7,9	11,0	10,0	/	/	12,6	13,7	48,1	327	10,6								
Σ 1977	abs.	2612	1891	412	492	135	100	60	31	42	302	552	168	450	-	158	104	7509	
	rel.	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Tabelle 15
Schüler aus den Abschlußklassen des Sekundarbereiches I nach der beabsichtigten Ausbildung bzw. Erwerbstätigkeit und nach der tatsächlichen Verwirklichung (in Prozent)

Ausbildung/ Tätigkeit			Sonderschule			Hauptschule 7./8. Klasse			Hauptschule 9./10. Klasse ⁴⁾			Realschule 9./10. Klasse ⁵⁾		
			insg.	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Berufliche Ausbildung im dualen System ¹⁾	KMK ²⁾	1 angestrebt	38,9	40,8	28,7	59,7	61,2	50,3	66,1	71,5	49,8	67,7	70,0	59,1
		2 nachgefragt	36,9	47,6	22,7	50,1	57,4	39,3	65,1	75,1	55,2	68,5	74,2	63,8
	IAB ³⁾ 3-213	3 realisierte Nachfrage	18,9	29,9	4,6	29,6	36,3	18,2	50,5	62,7	38,4	54,1	62,7	47,1
		4 „beibehaltene“ Nachfrage	10,3	10,0	10,8	13,0	13,2	12,7	8,7	7,0	10,3	6,2	3,6	8,3
		5 „aufgegebene“ Nachfrage	7,7	7,7	7,3	7,5	7,9	8,4	5,9	5,4	6,5	8,2	7,9	8,4
Erwerbstätigkeit	KMK	6 angestrebt	21,6	21,7	23,6	13,5	12,2	19,5	1,8	1,1	2,0	1,2	0,5	0,7
	IAB	7 realisiert	10,8	10,0	11,9	15,8	13,8	19,2	2,7	1,6	3,9	2,6	1,8	3,2
Weiterer Schulbesuch	KMK	8 angestrebt	34,4	32,0	40,4	24,2	23,7	25,9	31,2	26,3	46,9	30,3	28,1	39,2
	IAB	9 realisiert	59,5	52,0	69,3	42,7	41,6	44,5	43,6	33,7	53,4	38,3	31,4	44,0
Sonstiges (z.B. im Haushalt der Eltern, Aushilfstätigkeit, arbeitslos, nicht zuzuordnen)	KMK	10 angestrebt	5,1	5,5	7,3	2,6	2,9	4,3	0,9	1,1	1,3	0,8	1,4	1,0
		IAB	11 realisiert	9,3	6,9	12,5	12,3	8,6	18,5	2,1	1,5	2,6	4,7	4,4

1) Einschließlich Laufbahnen im öffentlichen Dienst.

2) In der KMK-Schülerbefragung wurden Entläßschüler einige Wochen vor Schuljahresende (Frühsommer 1977) danach gefragt, ob sie eine Ausbildung im dualen System anstreben.

3) Die Absolventenbefragung im IAB/Projekt 3-213 E fand im Oktober/November 1977 statt.

Die Schüler aus den Abschlußklassen des Schuljahres 1976/77 wurden gefragt, was sie als nächsten Schritt nach Verlassen der Schule getan haben.

4) In der Untersuchung des IAB wurden nur Hauptschüler befragt, die im Schuljahr 1976/77 die 9. Klasse besucht haben.

5) In der Untersuchung des IAB wurden nur Realschüler befragt, die im Schuljahr 1976/77 die 10. Klasse besucht haben.

4.2 Die Nachfrage nach einer beruflichen Ausbildung und ihre Realisierung

4.2.1 Angestrebter und realisierter Übergang

Da die festgestellten Übergangsquoten in eine betriebliche Berufsausbildung (vgl. Tabellen 11 und 12) bei allen Teilgruppen *unter* den Nachfragequoten liegen, steht bereits fest, daß ein Teil der Nachfrager die Ausbildungsabsicht nicht verwirklichen konnte. Ein Vergleich mit den Ergebnissen der KMK-Schülerbefragung ermöglicht zusätzlich die Gegenüberstellung von angestrebter und realisierter Erwerbstätigkeit bzw. angestrebtem und realisiertem weiteren Schulbesuch (vgl. Tabelle 15). Neben der bereits festgestellten hohen Übereinstimmung zwischen der KMK-Schülerbefragung und der Absolventenbefragung (IAB/3-213) in bezug auf die Nachfrage nach einer beruflichen Ausbildung im dualen System (vgl. Zeilen 1 und 2 der Tabelle 15) zeigt die Differenz in den Prozentwerten der zweiten und dritten Zeile, wie viele Jugendliche ihre Nachfrage nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz in direktem Anschluß an den Schulbesuch nicht realisiert haben bzw. realisieren konnten. Der Unterschied zwischen nachgefragter und tatsächlich begonnener Berufsausbildung im dualen System ist dabei über alle Schularten hinweg bei Schülerinnen größer als bei Schülern. Ausbildungsabsicht und Realisierung differieren bei den männlichen Realschülern mit 11,5 Prozentpunkten am wenigsten, während bei den ehemaligen Sonderschülern und Hauptschülern aus der 7./8. Klasse nur etwa 50 bis 60 % der Nachfrager ihre ursprüngliche Ausbildungsabsicht verwirklichen können. Damit wird

deutlich, daß die Realisierungsmöglichkeiten der Jugendlichen sehr stark vom Geschlecht und vom Schulabschluß bestimmt werden.

Obwohl zweifellos das geringe Angebot an Ausbildungsplätzen als wesentliche Ursache für die Diskrepanz zwischen effektiver Nachfrage und ihrer Befriedigung anzusehen ist, lassen sich die Unterschiede in den Prozentwerten der Zeilen 2 und 3 nicht als „Abdrängungsquoten“ interpretieren. Vielmehr ist auch zu berücksichtigen, daß zumindest ein Teil der Nachfrager, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz eingenommen haben, eine Zusage erhalten hatte (vgl. Spalte 5 der Tabelle 16). Aus diesem Grund ist nicht die gesamte Differenz zwischen Nachfrage und Realisierung auf die Engpässe auf dem Ausbildungsstellenmarkt zurückzuführen. Unbestritten ist dabei, daß Abdrängungsprozesse stattgefunden haben. Zusätzlich ist diese Abdrängung nicht nur ein quantitatives Problem. Vielmehr zeigt ein Vergleich der in Ausbildungsstellen vermittelten Jugendlichen über einen Zeitraum von 1973 bis 1976, daß in zahlreichen Ausbildungsberufen beim Anteil der Jugendlichen mit höherem Allgemeinbildungsniveau eine steigende Tendenz festzustellen ist.⁴⁵⁾ Der Anteil der Jugendlichen mit niedrigerem Allgemeinbildungsniveau ist in denselben Ausbildungsberufen dagegen rückläufig. Die stärksten strukturellen Veränderungen erfolgen zwischen Jugendlichen mit Hauptschulabschluß und Jugendlichen mit Mittlerer Reife. Aber auch Hochschulberechtigte sind bei diesen Umschichtungsvorgängen beteiligt: Das folgende Beispiel belegt, wie sich der Anteil der in den Ausbildungsberuf Bankkaufmann vermittelten weiblichen Jugendlichen mit Hauptschulabschluß innerhalb von vier Jahren stetig verringert, der Anteil der weiblichen Ju-

45) Vgl. Berufsbildungsbericht 1978, S. 110.

gendlichen mit mittlerem Abschluß zunächst noch ansteigt, dann aber ebenfalls abfällt, während der Anteil der Hochschulberechtigten kontinuierlich größer wird.

Jahr der Vermittlung durch das Arbeitsamt	Von der Berufsberatung des Arbeitsamtes in den Ausbildungsberuf Bankkaufmann vermittelte weibliche Jugendliche (in %)		
	mit Haupt- schul- abschluf	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur
1972/73	8,5	88,3	1,7
1973/74	5,3	91,5	2,4
1974/75	3,2	89,7	5,5
1975/76	2,2	83,4	13,0

Zusätzliche Informationen liefern die Zahlen der vierten und fünften Zeile in der Tabelle 15. Daraus wird deutlich, daß sich ein Teil der Nachfrager, die ihre Nachfrage nicht realisieren konnten, weiterhin um einen Ausbildungsplatz im dualen System bemüht (= „beibehaltene“ Nachfrage). Schülerinnen halten dabei stärker an ihrer Ausbildungsabsicht fest als Schüler. Die „beibehaltene“ Nachfrage liegt bei den Hauptschülern aus der 7./8. Klasse mit 13 % mehr als doppelt so hoch wie bei Realschülern (6,2 %). Insbesondere Absolventen und Abgänger, die ein Berufsgrundbildungsjahr begonnen haben oder ohne Erwerbstätigkeit im elterlichen Haushalt verblieben sind, geben ihre Nachfrage nicht auf. Die geschlechts- und schulartspezifischen Unterschiede in der beibehaltenen Nachfrage ergeben sich als Spiegelbild der Nachfragequoten: Diejenigen Jugendlichen, die ihre Nachfrage (noch) nicht realisieren konnten, bemühen sich weiterhin um einen Ausbildungsplatz. Dieses Festhalten an der Ausbildungsabsicht gilt nicht für alle Nachfrager, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz eingenommen haben. Vielmehr hat jeder vierzehnte Absolvent bzw. Abgänger aus dem Sekundarbereich I (6,9 %) ca. fünf Monate nach Verlassen der Schule resigniert und bemüht sich nicht mehr um einen Ausbildungsplatz (vgl. fünfte Zeile der Tabelle 15). Bei dieser „aufgegebenen“ Nachfrage zeigen sich nur geringfügige geschlechts- und schulartspezifische Unterschiede. Während bei den ehemaligen Realschülern verstärkt diejenigen ihre Bemühungen um einen betrieblichen Ausbildungsplatz aufgeben, die in eine weiterführende Schule (Gymnasium, Fachoberschule) übergewechselt sind, sind es bei den Hauptschulabsolventen und -abgängern hauptsächlich diejenigen, die direkt in eine Erwerbstätigkeit eingemündet sind. Diese Jungarbeiter dürften zu einem beachtlichen Teil endgültig auf ihre Ausbildungsabsicht verzichtet haben. Der Anteil der Absolventen und Abgänger, die ohne berufliche Qualifizierung direkt in eine Erwerbstätigkeit übergegangen sind, hat sich gegenüber der erklärten Absicht bei der KMK-Schülerbefragung geringfügig erhöht (vgl. Zeilen 6 und 7 der Tabelle 15). Lediglich bei den Sonderschülern liegt der Anteil der tatsächlich Erwerbstätigen erheblich unter der Zahl derjenigen, die sofort eine erwerbswirtschaftliche Arbeit aufnehmen wollten. Hier zeigen sich die besonderen Probleme der Personen mit niedrigerem Allgemeinbildungsniveau auf dem Arbeitsmarkt. Die Engpässe sowohl auf dem Ausbildungsstellen- als auch auf dem Arbeitsmarkt bewirkten, daß ein großer Teil der Sonderschüler im allgemeinbildenden Schulsystem verblieben ist (18,4%), ein Berufsgrundbildungs-

jahr begonnen hat (25,3 %) oder an außerschulischen berufsvorbereitenden Maßnahmen teilnimmt (9,8 %, vgl. oben Tabelle 11), und daher erst mit einer zeitlichen Verzögerung in die Erwerbstätigkeit eintritt. Die Nachfrage nach einem Arbeitsplatz dürfte daher nur aufgeschoben sein und wird je nach Dauer der zusätzlichen Qualifizierung zu einem späteren Zeitpunkt erneut aufleben. Bemerkenswert sind die Anteile der Hauptschüler aus der 7./8. Klasse, die sowohl eine sofortige Erwerbstätigkeit angestrebt als auch realisiert haben. Im Vergleich zu den Hauptschülern mit Abschluß bzw. den Realschülern wird von dieser Teilgruppe sehr häufig auf eine berufliche Qualifizierung verzichtet.

Zahlreiche Entlassschüler, die eigentlich keinen weiteren Schulbesuch beabsichtigten, gehen weiterhin in eine Vollzeitschule. Unter die Kategorie „weiterer Schulbesuch“ wurden dabei die Schüler an weiterführenden allgemeinbildenden Schulen, an vollzeitlichen berufsbildenden Schulen (einschließlich Fachoberschulen und Berufsgrundbildungsjahr) sowie die Teilnehmer an außerschulischen berufsvorbereitenden Maßnahmen subsumiert. Die Differenz zwischen der angestrebten weiteren schulischen Qualifikation (KMK-Schülerbefragung) und dem tatsächlichen Schulbesuch ist bei den Sonderschülern mit 25 Prozentpunkten am größten, bei den Realschülern dagegen mit 8 Prozentpunkten am geringsten. Die bereits beim angestrebten weiteren Schulbesuch festzustellenden geschlechtsspezifischen Unterschiede sind auch beim realisierten weiteren Schulbesuch unverändert: Weibliche Jugendliche verbleiben häufiger im Schulsystem als ihre männlichen Mitschüler. Auch dies, ebenso wie die höheren Besetzungen in der Kategorie „Sonstiges“ im Vergleich zur KMK-Befragung, kann als Indiz für die Schwierigkeiten bei der Suche nach einem Platz für die betriebliche Ausbildung gewertet werden. Zumindest ein Teil dieser nicht geplanten Schulzeitverlängerung muß sicher als Ausweichlösung betrachtet werden, zumal gerade bei Entlassschülern eine relativ hohe „Schulmüdigkeit“ unterstellt werden kann.

4.22 Realisierungsquoten bei der Nachfrage nach einer beruflichen Ausbildung im dualen System

Die Realisierungsquoten geben an, welcher Anteil der Nachfrager nach einem Ausbildungsplatz tatsächlich in eine berufliche Ausbildung einmündet. In Spalte 4 der Tabelle 16 sind die Realisierungsquoten der Nachfrage nach einer betrieblichen Ausbildung (einschließlich Laufbahnen im öffentlichen Dienst) dargestellt. Dabei wurde von der empirisch belegten Annahme ausgegangen, daß bei Doppelnachfragern eine Präferenz für die Ausbildung im dualen System besteht (vgl. Fußnote 12). Entsprechend wurden diejenigen Doppelnachfrager, die in eine berufliche Vollzeitschule übergewechselt sind, unter die Kategorie „nicht-realisierte Nachfrage“ subsumiert (vgl. Spalten 5 und 6 der Tabelle 16).

Um die chronologische Reihenfolge (Nachfrage nach einem Ausbildungsplatz Übergang in eine berufliche Ausbildung bzw. Realisierung versus Nicht-Realisierung der Nachfrage) beizubehalten, sind in Tabelle 16 auch die Nachfrage- und Übergangsquoten für die betriebliche Ausbildung aufgeführt (vgl. Spalten 2 und 3). Zusätzlich wird die Teilgruppe der Nachfrager, die keinen Ausbildungsplatz eingenommen haben (= nicht-realisierte Nachfrage), nach dem Vorhandensein einer Zusage unterschieden: Einmal diejenigen Nachfrager, die keinen Platz für die betriebliche Berufsausbildung einnehmen, obwohl sie

Tabelle 16
Die Nachfrage nach einer betrieblichen Berufsausbildung¹⁾ und ihre Realisierung
bei Absolventen und Abgängern allgemeinbildender Schulen

Schulart/ Schulabschluß	Zahl der Fälle	Nachfragequote	Übergangsqoute ³⁾	Realisierungs- quote ⁴⁾	Nachfrager, die keinen Platz eingenommen haben (nicht-realisierte Nachfrage) in % aller Nachfrager		
					mit Zusage „Verzichter“	ohne Zusage „Abgewiesene“	
					1	2	3
Sonderschüler	insgesamt	407	36,9	18,9	51,3	/	43,3
	weiblich	176	22,7	/	/	/	70,0
Hauptschulabgänger (ohne Abschluß)	insgesamt	996	53,0	31,2	58,9	6,5	34,6
	weiblich	388	43,0	20,6	47,9	11,8	41,3
Hauptschulabsolventen	insgesamt	6.380	65,5	51,2	78,2	4,8	17,0
	weiblich	3.200	55,4	39,0	70,4	5,0	24,7
Realschulabsolventen	insgesamt	8.757	68,7	55,1	80,1	4,9	15,0
	weiblich	4.859	64,0	48,0	75,0	5,9	19,2
Hochschulberechtigte ²⁾	insgesamt	7.509	30,9	16,5	55,3	15,1	29,5
	weiblich	3.088	36,3	20,7	58,3	13,0	28,8

1) Einschließlich Laufbahnen im öffentlichen Dienst und betriebliche Sonderausbildungen.

2) Im Gegensatz zu den Absolventen und Abgängern der Haupt- bzw. Realschule, die die Schule im Sommer 1977 verlassen haben, handelt es sich bei dieser Gruppe um Absolventen des Jahres 1976; ihre Nachfrage sowie die Realisierung dieser Nachfrage bezieht sich daher auf den Stand Dezember 1977, ist also kumulativ zu verstehen.

3) Die Übergangsqouten geben an, welcher Anteil der Absolventen und Abgänger in eine betriebliche Berufsausbildung eingemündet ist.

4) Die Realisierungsqouten geben an, welcher Anteil der Nachfrager tatsächlich einen Platz für die betriebliche Berufsausbildung eingenommen hat.

eine Zusage erhalten haben (= „Verzichter“); zum anderen diejenigen Nachfrager, die keine Zusage erhalten haben und daher alternative Ausbildungs- und Berufswege einschlagen mußten (= „Abgewiesene“). Bei den Absolventen und Abgängern aus dem Sekundarbereich I lassen sich folgende zwei Problemgruppen definieren, die sich sowohl in bezug auf ihr Nachfrageverhalten als auch in bezug auf ihre Realisierungsmöglichkeiten signifikant von ihren ehemaligen Mitschülern unterscheiden: Es handelt sich um

- weibliche Jugendliche, und um
- Jugendliche ohne allgemeinbildenden Schulabschluß (also hauptsächlich um ehemalige Sonderschüler bzw. Hauptschulabgänger ohne Abschluß).

Für beide Problemgruppen sind folgende Feststellungen zu treffen:

- 1) Sie bemühen sich von vornherein in geringerem Ausmaß um eine berufliche Ausbildung, d. h. der Anteil der „freiwilligen Bildungsverzichter“ unter den Nicht-Nachfragern (vgl. oben Tabelle 3) liegt über dem Durchschnitt.
- 2) Beide Problemgruppen lassen sich beim Übergang in eine betriebliche Ausbildung durch niedrigere Übergangs- bzw. Realisierungsquoten charakterisieren. Zusätzlich ist der Anteil der „Abgewiesenen“ unter diesen beiden Teilgruppen besonders hoch.

Insgesamt zeigt sich, daß die effektive Nachfrage nur zu etwa zwei Dritteln verwirklicht werden konnte. Die geschlechts- und schulartspezifischen Unterschiede sind dabei so hoch, (vgl. z. B. die unterschiedlichen Anteile der „Abgewiesenen“ oder die Realisierungsquote von 80,1 % bei Realschulabsolventen versus 51,3 % bei den Sonderschülern), daß von unterschiedlich verteilten Ausbildungschancen gesprochen werden kann. Hochschulberechtigte nehmen in diesem Zusammenhang

eine Sonderstellung ein, da für sie der tertiäre Bildungsbereich die wichtigste Übergangsmöglichkeit darstellt. Die im Vergleich zu den Absolventen und Abgängern aus dem Sekundarbereich I niedrigeren Nachfrage- bzw. Übergangsqouten sind daher nicht als Ausbildungsverzicht zu bewerten. Dennoch deuten die relativ niedrigen Realisierungsquoten in Verbindung mit der Zahl der „Abgewiesenen“ darauf hin, daß gerade Abiturienten und Absolventen von Fachoberschulen große Schwierigkeiten bei der Ausbildungsplatzsuche haben: Fast jeder dritte Hochschulberechtigte (29,5 %), der sich um eine Ausbildung im dualen System bemüht, erhält keine Zusage. Dabei können weibliche Absolventen aus dem Sekundarbereich II ihre Nachfrage etwas häufiger realisieren als ihre männlichen Kollegen. Der Anteil der Nachfrager, die trotz Zusage keinen Ausbildungsplatz eingenommen haben (= „Verzichter“) liegt bei den Hochschulberechtigten mit 15,1% dreimal so hoch wie bei den Absolventen und Abgängern aus dem Sekundarbereich I. Für diesen Verzicht sind folgende zwei Gründe denkbar:

1. Die Zusage bezog sich auf einen Ausbildungsplatz, der den Vorstellungen des Jugendlichen nicht entsprach (z. B. nicht der gewünschte Ausbildungsberuf, Entfernung zum Wohnsitz zu groß, etc.).
2. Die Bewerbung um einen Ausbildungsplatz wurde mit der Absicht durchgeführt, die individuellen Chancen auf dem Ausbildungsstellenmarkt festzustellen, und die Zahl der Alternativen für die Ausbildungsentscheidung zu vergrößern. Die Nachfrage nach einer Ausbildung im dualen System besitzt in diesem Fall lediglich Test- bzw. Optionscharakter.

Es läßt sich nicht feststellen, welcher der beiden Gründe überwiegt, da zwischen ihnen starke Wechselbeziehungen bestehen dürften. Die hohe Verzichtquote bei den Hochschulberechtigten sowie der Verbleib der Verzichter — der größte Teil (72,1 %) entscheidet sich für das „attrak-

tivere“ Studium — läßt darauf schließen, daß hier der Optionscharakter im Vordergrund steht. An dieser Stelle könnte der Einwand erhoben werden, daß die ermittelte Nachfragequote nach betrieblichen Ausbildungsplätzen nach unten zu korrigieren sei, da sich offensichtlich einige Hochschulberechtigte um eine duale Ausbildung bemühen, obwohl ihr primärer Wunsch einem Studium gilt. Sieht man einmal davon ab, daß der Bedeutungsinhalt des Begriffes „Ausbildungswahl“ mehrere (realisierbare) alternative Ausbildungswege voraussetzt, so ist die Differenzierung in primäre und sekundäre Ausbildungswünsche und die damit verbundene Aufteilung der Nachfrage in einen echten und einen unechten Bestandteil ohne nähere Kenntnis weiterer Einzelheiten eines Bewerberverhaltens kaum möglich. Weitere Analysen des vorhandenen Datenmaterials werden diese Fragestellung jedoch weiter verfolgen. Darüberhinaus steht gegenwärtig bereits fest, daß — selbst bei unterstellter fester Studienabsicht der „Verzichter“ — die Nachfragequote der Hochschulberechtigten immer noch 26,2 % beträgt. Die relativ hohe Zahl der Nachfrager ohne Zusage (hochgerechnet sind es allein von den Entlaßschülern des Sekundarbereiches I ca. 89 000 Jugendliche) führt nicht dazu, daß diese „Abgewiesenen“ zu einem „Bildungsverzicht“ gezwungen werden und zusätzlich zu den etwa 28 000 „freiwilligen Bildungsverzichtern“ (vgl. oben Tabelle 3) die Zahl der Jugendlichen ohne Qualifizierung erhöhen. In der Tabelle 17 ist festgehalten, in welche alternativen Bildungswege bzw. nicht-qualifizierende Übergänge die Nachfrager ohne Zusage abgedrängt werden.

Es zeigt sich erneut, daß die schulische Berufsausbildung (Berufsfachschule, Berufsgrundbildungsjahr) als wichtiges „Auffangbecken“ für abgewiesene Nachfrager nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz dient: Zwei Drittel der Nachfrager ohne Zusage aus dem Sekundarbereich I (67,3 %) münden in eine schulische Berufsausbildung ein. Kleinere Teilgruppen nehmen an außerschulischen berufsvorbereitenden Maßnahmen teil oder besuchen eine weiterführende Schule. Damit wahren über drei Viertel der

abgewiesenen Nachfrager (78,6 %) ihre Chance, eine alternative berufliche Vor- bzw. Erstqualifizierung zu beginnen. Jeder fünfte Jugendliche, der die gewünschte betriebliche Ausbildung aufgrund einer fehlenden Zusage nicht verwirklichen konnte (21,4 %), wird jedoch in einen Status abgedrängt, der keine weitere berufliche Qualifizierung vermittelt. Diese Jugendlichen münden hauptsächlich direkt in die Erwerbstätigkeit ein bzw. verbleiben im Haushalt der Eltern.

Je nach Schulart bzw. -abschluß ergeben sich erhebliche Unterschiede beim Verbleib der Nachfrager ohne Zusage. Besonders hohe Anteile der abgewiesenen Jugendlichen, die auch keine alternativen Bildungswege einschlagen, sind bei den Sonderschülern und bei den Hauptschulabgängern ohne Abschluß festzustellen (vgl. Spalte 9 der Tabelle 17). Auch die Berufsfachschule und das Berufsgrundschuljahr werden in unterschiedlichem Ausmaß von den einzelnen Teilgruppen als Alternative zu einer betrieblichen Ausbildung gewählt.

Erneut wird durch die Zahlen der Tabelle 17 bestätigt, daß sich die Personengruppe der „Chancengeminderten“ hauptsächlich aus Jugendlichen ohne allgemeinbildenden Schulabschluß rekrutiert. Dabei läßt sich ein mehrfacher Selektionsprozeß feststellen: Nach der ersten Selektionsstufe beim Übergang in eine betriebliche Ausbildung wird auch bei der Abdrängung in alternative Bildungswege selektiert, so daß letztlich die erwähnte Problemgruppe ohne weitere Qualifizierung bleibt.

Bei den abgewiesenen Nachfragern mit Hochschulberechtigung zeigt sich, daß der größte Teil dieses Personenkreises ein Studium beginnt. Es erscheint problematisch, in diesem Zusammenhang von „Abdrängung“ zu sprechen, da nicht feststeht, ob der betrieblichen Ausbildung die erste Präferenz eingeräumt worden war, oder ob hier — analog zu den „Verzichtern“ in Tabelle 16 — der Test- bzw. Optionscharakter der Bewerbung im Vordergrund stand. Dennoch ergibt sich auch hier ein hoher Anteil, der keine weitere berufliche Qualifizierung durchläuft, sondern direkt in die Erwerbstätigkeit oder sonstige Tätigkeit einmündet. Interessant sind dabei die

Tabelle 17
Der Verbleib der Nachfrager, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz eingenommen haben (= Abgewiesene)

Schulart/ Schulabschluß	Zahl der Fälle	Abdrängung in alternative Bildungswege in % der Spalte 1				Abdrängung in den Status des Ungelernten in % der Spalte 1				
		Berufsfach- schule	Berufsgrund- bildungs- jahr	Außerschul. berufsvorber. Maßnahmen ¹⁾	Weiter- führende Schule ²⁾	Erwerbs- tätigkeit	Haushalt der Eltern	Sonstiges	Summe der Spalten 6, 7 und 8	Spalte 9 in % aller Absolventen und Abgänger
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Schüler aus der 9. Klasse der Sonderschule für Lernbehinderte	58	/	(46,6)	(17,2)	/	(22,4)	/	/	(29,3)	4,2
Hauptschulabgänger aus der 7./8./9. Klasse ohne Abschluß	190	8,4	43,2	/	/	29,0	11,1	/	43,7	9,0
Hauptschulabsolventen mit Abschluß	685	51,0	25,3	/	6,6	10,7	5,1	/	16,1	1,7
Absolventen und Abgänger aus der Realschule	1 102	56,4	8,4	5,7	14,1	10,4	3,9	1,2	15,5	1,9
Sekundarbereich I insgesamt	89 000	42,0	25,3	4,0	7,3	14,5	5,7	1,1	21,4	2,7

1) Einschließlich Praktikum.

2) Einschließlich Fachoberschule bei Realschülern.

3) Nach den Anteilen der Abgewiesenen in der Grundgesamtheit gewichtetes Mittel.

Tabelle 18
Der Verbleib der Abiturienten und Absolventen von Fachober-
schulen, die nach einem Ausbildungsplatz im dualen System
nachgefragt haben, aber keine Zusage erhielten
(= „Abgewiesene“)

Ausbildung/ Tätigkeit	„abgewiesene“ Nachfrager					
	insgesamt		männlich		weiblich	
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.
Studium	421	62,9	204	57,6	217	68,9
Berufsfachschule	40	6,0	2	/	38	12,1
Wehr-/Zivildienst	41	6,1	41	11,6	-	-
Erwerbstätigkeit	121	18,1	79	22,3	42	13,3
Sonstige Tätigkeit	46	6,9	28	7,9	18	5,7
Summe	669	100	354	100	315	100

geschlechtsspezifischen Unterschiede, die belegen, daß männliche Hochschulberechtigte — auch unter Berücksichtigung des Wehr- bzw. Zivildienstes — häufiger keine alternativen Bildungswege einschlagen als weibliche Absolventen aus dem Sekundarbereich II.

5. Zusammenfassung

Die im Herbst 1977 durchgeführte Befragung an einer repräsentativen Stichprobe von Absolventen und Abgängern allgemeinbildender Schulen liefert erste Informationen über die Probleme der geburtenstarken Jahrgänge beim Übergang in die berufliche Ausbildung bzw. Erwerbstätigkeit. Folgende Ergebnisse sind dabei — vor allem unter Berücksichtigung bisheriger Annahmen bzw. vorhandener empirischer Daten — für die Frage nach den Realisierungsmöglichkeiten der Ausbildungsabsichten Jugendlicher von Bedeutung:

- Die Nachfrage nach einer beruflichen Ausbildung ist bei den Entlassschülern aus allgemeinbildenden Schulen (1977) des Sekundarbereichs I durch die eindeutige Präferenz für einen betrieblichen Ausbildungsplatz geprägt. Die festgestellte Nachfragequote von 63,6 % bei diesen Absolventen und Abgängern ist nahezu identisch mit dem Ergebnis der KMK-Schülerbefragung; sie liegt etwa zwei Prozentpunkte unter der Schätzung des Berufsbildungsberichtes 1977. Weibliche Entlassschüler sowie Jugendliche ohne Hauptschulabschluß bemühen sich von vornherein in geringerem Ausmaß um einen Ausbildungsplatz im dualen System.
- Die Nachfrage nach einer betrieblichen Berufsausbildung bei Hochschulberechtigten des Entlassjahrganges 1976 geht weit über bisherige Annahmen hinaus: Bereits bis zum 30. September 1976 haben 22,3 % dieser Absolventen eine berufliche Ausbildung im dualen System (einschließlich Laufbahnen im öffentlichen Dienst und betriebliche Sonderausbildungen) angestrebt. Diese Nachfragequote nach einer betrieblichen Ausbildung hat sich bis Dezember 1977 sogar auf 30,9 % erhöht. Im Gegensatz zu Entlassschülern aus dem Sekundarbereich I sind weibliche Hochschulberechtigte unter diesen Nachfragern überdurchschnittlich vertreten. Anderthalb Jahre nach Verlassen der Schule hat jeder fünfte Hochschulberechtigte seine ursprüngliche Studienabsicht noch nicht verwirklicht. Ein großer Teil der Absolventen aus dem Sekundarbereich II, die zunächst kein Studium be-

gönnen haben, hält sich jedoch die Option auf eine spätere Hochschulausbildung offen. Lediglich 20,4% der im Dezember nichtstudierenden Hochschulberechtigten des Entlassjahrganges 1976 haben *nicht* vor, später noch ein Studium aufzunehmen.

- Die Jugendlichen bemühen sich zum Teil sowohl um einen betrieblichen als auch um einen vollzeitschulischen Ausbildungsplatz. Bei diesen „Doppelnachfragern“ sowie bei den Entlassschülern, die sich nur um eine vollzeitschulische Berufsausbildung bemühen, sind weibliche Jugendliche überrepräsentiert. Da die festgestellte Präferenz der Doppelnachfrager darauf hindeutet, daß schulischen Ausbildungsformen eine „Ersatzfunktion“ zukommt, lassen sich somit weibliche Jugendliche leichter in eine Ausbildung „zweiter Wahl“ abdrängen als ihre ehemaligen Mitschüler. Nicht alle Jugendlichen bemühen sich um eine betriebliche und/oder vollzeitschulische Berufsausbildung. Da diese „Nicht-Nachfrager“ häufig in weiterführende Schulen überwechseln oder an berufsvorbereitenden Maßnahmen teilnehmen, sind sie nicht mit den „freiwilligen Bildungsverzichtern“ gleichzusetzen, die *keine* weitere Qualifizierung anstreben. Der Anteil dieser Jugendlichen, die freiwillig auf eine weitere Qualifizierung verzichten, liegt mit 3,8% der Entlassschüler aus allgemeinbildenden Schulen des Sekundarbereichs I *unter* den bisherigen Prognosen. Ehemalige Sonderschüler sowie Hauptschüler ohne Abschluß sind dabei überrepräsentiert.
- Nicht alle Nachfrager nach einer beruflichen Ausbildung können ihre Ausbildungsabsicht verwirklichen. Insbesondere die Nachfrage nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz kann — quantitativ gesehen — nur zu etwa drei Vierteln befriedigt werden. Auch hier erweisen sich ehemalige Sonderschüler und Hauptschulabgänger ohne Abschluß als besondere Problemgruppen, da sie ihre Ausbildungsabsicht in stärkerem Ausmaß nicht verwirklichen können. Auch Absolventen aus dem Sekundarbereich II haben erhebliche Schwierigkeiten, ihre Nachfrage nach einer dualen Ausbildung zu realisieren. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß ein Teil dieser Nachfrager (15,1 %) trotz Zusage nicht in einen betrieblichen Ausbildungsplatz einmündet. Diese „Verzichter“ entscheiden sich für einen alternativen Ausbildungsweg, hauptsächlich das Studium. Anderthalb Jahre nach Verlassen der Schule steht jeder achte Studienberechtigte (12%) des Absolventenjahrganges 1976 in einer dualen Ausbildung (*ohne* Laufbahnen im öffentlichen Dienst). Die erweiterte Übergangsquote (vgl. oben S. 167) liegt sogar bei 13%.
- Jugendliche, die keine Zusage für einen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten haben, werden größtenteils in alternative Bildungswege abgedrängt: Der Besuch einer Berufsfachschule, des Berufsgrundbildungsjahres oder einer weiterführenden Schule ist für diese „Abgewiesenen“ als „Ausbildung zweiter Wahl“ anzusehen. Die Realisierung der Nachfrage nach einer dualen Ausbildung ist daher meist nur aufgeschoben. 2,7 % der Absolventen und Abgänger aus dem Sekundarbereich I werden in einen Status abgedrängt, der keine weitere berufliche Qualifizierung ermöglicht.
- Die Existenz von „Doppelnachfragern“, aber auch die unterschiedlichen Gründe für die Nicht-Realisierung der Nachfrage nach einer betrieblichen Ausbildung (Fehlen einer Zusage *versus* Entscheidung für eine

alternative Berufsausbildung trotz Vorhandensein einer Zusage) belegen, daß die Gegenüberstellung von Angebot und Nachfrage — wie sie z. B. in verschiedenen Gesamtbilanzierungen geschieht — auch unter Vernachlässigung qualitativer Aspekte selbst für eine differenzierte quantitative Analyse der Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt *nicht* ausreicht. Die festgestellten Diskrepanzen zwischen Nachfrage- und Übergangsquoten zeigen vielmehr, daß die in zahlreichen Arbeiten angenommene Übereinstimmung dieser beiden Verhältniszahlen den empirischen Gegebenheiten nicht entspricht. Daher ist auch der unterschiedliche Bedeutungsinhalt der beiden Begriffe „Nachfrage“ und „Übergang“ klar zu trennen, um sprachliche Ungenauigkeiten zu vermeiden.

- Das hier verwendete Nachfragekonzept, das sich an den Bemühungen der Ausbildungsplatzsuchenden orientiert, ohne qualitative Aspekte der Ausbildungsabsicht zu berücksichtigen, führt zu einer höheren Nachfragequote als die in § 5 Abs. 4 AP1FG festgelegte Definition. Daß die Legaldefinition des AP1FG

jedoch nicht ausreicht, um die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen exakt zu bestimmen, wird aufgrund des Berufsbildungsberichtes 1978 deutlich, der zusätzlich von einer „latenten Nachfrage“ ausgeht, sie aber in den Berechnungen nicht berücksichtigt.⁴⁶⁾ Darunter fallen alle Jugendlichen „. . .“, die entweder eine betriebliche Ausbildung anstreben, aber zunächst andere Bildungsangebote in Anspruch nehmen, oder die erst durch besondere bildungspolitische Maßnahmen für die Aufnahme einer betrieblichen Ausbildung motiviert und befähigt werden können.“⁴⁷⁾ Die Ergebnisse der Absolventenbefragung zeigen jedoch, daß alternative Bildungswege bzw. Vorqualifizierungen nur teilweise den tatsächlichen Ausbildungsabsichten entsprechen. Ebenfalls ist bei der Beurteilung der Ausbildungsstellensituation zu beachten, daß sich die „latente“ Nachfrage — ebenso wie die Nachfrage der Jugendlichen, die trotz einer Zusage keinen Ausbildungsplatz einnehmen — durchaus in konkreten Bewerbungen „manifestiert“, denn für den Adressaten einer Bewerbung ist es in den seltensten Fällen ersichtlich, ob eine verbindliche Nachfrage vorliegt. Die Analyse dieser „Grauzone“, die sich aus der Diskrepanz zwischen Nachfrage- und Übergangsquote ergibt, steht im Vordergrund weiterer Auswertungen.

46) Vgl. Berufsbildungsbericht 1978, S. 54 f.

47) Berufsbildungsbericht 1978, S. 54.